

Wortprotokoll

Öffentliche Sitzung

Ausschuss für Integration, Frauen und Gleichstellung, Vielfalt und Antidiskriminierung

53. Sitzung
25. Juni 2026

Beginn: 14.03 Uhr
Schluss: 16.20 Uhr
Vorsitz: Ülker Radziwill (SPD)

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Siehe Beschlussprotokoll.

Punkt 1 der Tagesordnung

Aktuelle Viertelstunde

Siehe Inhaltsprotokoll.

Punkt 2 der Tagesordnung

Bericht aus der Senatsverwaltung

Siehe Inhaltsprotokoll.

Vorsitzende Ülker Radziwill: Wir kommen zu

Punkt 3 der Tagesordnung

Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs
**Queerfeindliche Gewalt im Netz – Vorstellung der
neuen Fachstelle digitale Gewalt „QueerSafe“**
(auf Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der
SPD)

[0271](#)
IntGleich

Hierzu: Anhörung

Zu diesem Tagesordnungspunkt darf ich Frau Ünsal als Leiterin der LADS und Herrn Vierath begrüßen, die uns hier zur Verfügung stehen, wenn wir fachliche Fragen haben.

Dann begrüße ich herzlich unseren Anzuhörenden, Herrn Florian Winkler-Schwarz. Wir hatten heute früh schon beim queerpolitischen Frühstück der Präsidentin das Vergnügen, auf dem Podium zu sein. Nochmals an dieser Stelle herzlich willkommen! Sie sind Geschäftsführer vom LSVD⁺ und Vertreter für den Landesverband Berlin-Brandenburg e. V.

Ich nehme an, Sie wollen alle ein Wortprotokoll. – Es wird zustimmend genickt. Dann habe ich das Kopfnicken übersetzt, und dann verfahren wir so.

Für die Begründung des Besprechungspunkts zu diesem Tagesordnungspunkt darf ich Frau Wiebke Neumann für die Koalition das Wort erteilen. – Bitte!

Wiebke Neumann (SPD): Vielen herzlichen Dank! – Wir haben das Thema heute auf die Tagesordnung gesetzt, um die noch relativ neue Fachstelle QueerSafe auch in diesem Format einmal vorzustellen. Denn es ist sehr wichtig, was Sie dort in kurzer Zeit aufgebaut haben. Das Thema digitale Gewalt gegen queere Menschen ist etwas, was wir seit Jahren zunehmend spüren und merken und wo wir an vielen Stellen sehen, dass sich das auch in Gewalt auf der Straße oder an anderen Orten übersetzt. Das ist oft der Anfang, und deswegen ist es gut, da genau hinzuschauen und zu zeigen, dass das Netz kein rechtsfreier Raum ist und vor allem ein sicherer Ort auch für queere Menschen sein soll. Die Fachstelle kann dazu sicherlich einen Beitrag leisten. Wir werden dazu gleich einiges hören.

Ich wollte noch einmal zum Rahmen sagen, dass die Fachstelle auch im Rahmen der Umsetzung der Landesstrategie gegen queerfeindliche Gewalt existiert und ins Leben gerufen wurde. Das ist eine Maßnahme, eine Säule daraus. Ich bin sehr froh, dass es gelungen ist, das gleich direkt anzugehen und schon 2026 in so konkrete Sachen umzusetzen. Ich freue mich jetzt auf die Vorstellung der Arbeit.

Vorsitzende Ülker Radziwill: Für eine einleitende Stellungnahme des Senats bekommt Frau Senatorin das Wort. – Bitte!

Senatorin Cansel Kiziltepe (SenASGIVA): Vielen Dank, Frau Vorsitzende! – Mich beschäftigt das auch sehr. Vergangene Woche hat das Landgericht Berlin ein Urteil in einem Fall gesprochen, nämlich das Gerichtsurteil im Fall Daniel F. Er hat über die Plattform Grindr gezielt Männer kontaktiert, die Sex mit Männern haben, um diese auszurauben, zu erniedrigen und zu schlagen. Die Brutalität und Feigheit des Täters treffen und schockieren mich, ehrlich

gesagt. Ich will auch betonen, dass solche Taten seitens der Polizei und Staatsanwaltschaft lange nicht als queerfeindliche Gewalt erkannt wurden. Ich bin zufrieden, dass die Justiz jetzt mit diesem Urteil von fünf Jahren Haft ohne Bewährung gezeigt hat, dass unsere Gesellschaft solche grausamen Taten verurteilt und Täter einer angemessenen Strafe zugeführt werden.

In diesem Zusammenhang möchte ich auch die Arbeit der Ansprechperson Queeres Berlin würdigen, die den Fall des Täters Daniel F. sehr eng begleitet und die queere Community aufgerufen hat, sich bei ähnlichen Fällen direkt bei der Polizei, der Staatsanwaltschaft oder Beratungsstellen zu melden. Auch gab es einen intensiven Austausch mit dem LKA zum Tatphänomen Raubtaten unter Nutzung von Dating-Apps. Da diese Taten nicht als queerfeindlich erkannt wurden, werden nun Anpassungen auch bei der Zuständigkeit der Meldepflichtung, der Präventionsarbeit über Social Media und bei den Möglichkeiten der besseren statistischen Erfassung derartiger Delikte innerhalb des LKA diskutiert. Das ist eine gute Sache. Im Zusammenhang mit der genannten Grindr-Tat wurden auch weitere Fälle bekannt. Vereinzelt haben sich Betroffene auch direkt bei der AP QB gemeldet.

Die Ansprechperson hat auch Kontakt zur Plattform Grindr aufgenommen, um auf das Problem organisierter Überfälle auf queere Menschen aufmerksam zu machen und mögliche Präventionsmaßnahmen und Schutzmechanismen zu erörtern. Außerdem sind Gespräche mit der Staatsanwaltschaft zu dieser Thematik geplant. Deshalb freue ich mich, dass wir heute von Florian hier auch vorgestellt bekommen, was die Aufgaben und Funktion der Fachstelle QueerSafe sein werden. Darüber zu berichten, überlasse ich jetzt dir, dem Anzuhörenden. – Danke schön!

Vorsitzende Ülker Radziwill: Dann sind wir jetzt bei der Stellungnahme des Anzuhörenden, Herrn Winkler-Schwarz. Sie haben jetzt die Möglichkeit, das zu tun. Sie kennen unsere Technik schon, Sie waren schon mal hier. Vor dem Monitor auf dem Boden ist eine Uhr, die läuft mit, daran kann man sich orientieren. – Bitte, Sie haben das Wort!

Florian Winkler-Schwarz (Lesben- und Schwulenverband in Deutschland – LSVD – Landesverband Berlin-Brandenburg e. V.; Geschäftsführung): Sehr geehrte Frau Vorsitzende! Sehr geehrte Frau Senatorin! Liebe Anwesende! Herzlichen Dank für die Möglichkeit, hier sprechen zu dürfen, am Tag, an dem der Pride Month heute Abend ganz offiziell unter dem Motto „Haltung ist hot“ startet! Das ist ein wunderbares Thema heute. Sie fühlen es alle selbst: Das wird ein guter Monat, ein sehr heißer Monat, heiß auch im Netz.

Wie Sie vielleicht mitbekommen haben, sind wir als LSVD selbst seit sieben Tagen von einer schweren Form von Hasskriminalität im Netz betroffen. Über 800 Hasskommentare haben uns in den letzten sieben Tagen erreicht, nachdem wir beim CSD in Eberswalde mitgewirkt haben und uns dort gegen rechts positioniert haben. Wir sind momentan dabei, diese ganzen Kommentare zusammen mit der Polizei zu sichten, sie zur Anzeige zu bringen. Wir haben ein wunderbares Beispiel dort für unsere aktuelle Beratungssituation, wo man gut aufzeigen kann, wie oft knapp an der Grenze der Legalität formuliert wird, wo es aber auch deutlich darüber ist und Menschen mit ihrem Klarnamen sehr deutlich ihren Hass im Netz kundtun.

Ich habe Ihnen ein paar Kommentare mitgebracht. Achtung, Triggerwarnung, das sind jetzt alles Worte, die hier wahrscheinlich eher selten fallen, aber Sie dürfen schon mal hören, womit wir so konfrontiert sind. Da schreiben uns Menschen:

„so was von lächerlich und unbrauchbar“, „ihr seid doch alle geisteskrank“, „Ge-socks“, „so was hätte bei mir keinerlei Lebensberechtigung“, „queer ist eine Diagnose“, „steckt euch eure kranke Scheiße gepflegt in den Arsch“

Zitat Ende. – Wir werden das sehr konsequent verfolgen. Sie können sich aber auch vorstellen, dass wir mit unserem überschaubaren Team bei 800 Kommentaren erst mal ein wenig überfordert waren, aber auch große Solidarität und Unterstützung erfahren haben. Ich bedanke mich an der Stelle auch bei Alfonso ganz ausdrücklich, der uns sofort geholfen hat, mit Hilfe einer speziellen Abteilung bei der Polizei noch mal für Nachdruck zu sorgen. Vielen Dank an alle, die solidarisch waren!

Ich brauche daher, glaube ich, auch nicht mehr erklären, warum so eine Fachstelle für digitale Gewalt notwendig ist. Wir sind nicht die einzigen, ganz viele Menschen in Berlin sind von queerer Gewalt betroffen. Wir freuen uns, dass wir diese Maßnahmen aus der Landesstrategie umsetzen können. Wir haben in dieser Fachstelle QueerSafe zwei Kernbereiche der Landesstrategie, einmal die Sicherheit für die queeren Communitys und einmal die queere Sicherheit in öffentlichen Räumen. Beides fassen wir in der Fachstelle gemeinsam zusammen und haben ein Viersäulenprogramm für die Fachstelle entwickelt. Wir konnten Anfang des Jahres starten. Wir sind am 17. Mai zu IDAHOBITA in die Öffentlichkeit gegangen, und wir werden jetzt zum Stadtfestwochenende die Arbeit, auch die Beratungsarbeit aufnehmen. Das ist sehr schnell entstanden, sehr schnell vor allem, weil wir mit vielen Akteurinnen und Akteuren zusammenarbeiten. Zum Beispiel fließen unsere Zahlen direkt in die Statistiken von Camino ein. Das ist nicht bei allen Projekten so. Wir haben die ganzen Datenbanken so gestaltet, dass das Land Berlin diese Zahlen direkt daraus nutzen und ziehen kann.

Wir haben auch andere tolle große Kooperationen in den ersten Monaten erwirkt. Unsere Hauptkooperation, mit der wir zusammenarbeiten, ist HateAid. Wir gelten mit der Fachstelle bereits jetzt als möglicher Trusted-Flagger-Melder. Ein Trusted Flagger, wenn Sie das noch nie gehört haben, ist eine besondere Funktion innerhalb der sozialen Medien. Die sind von den sozialen Medien anerkannt.

Wir haben damit die Möglichkeit, Hasskommentare im Netz beschleunigt löschen zu lassen und die Plattformen zu einer beschleunigten Bearbeitung zu bewegen. Für viele Menschen, die von Hasskommentaren, Deepfakes oder anderer digitaler Gewalt betroffen sind, geht es vor allem oftmals darum, schnell eine Löschung hinzubekommen. Der digitale Raum, wie wir ihn momentan erleben, entspricht eben nicht dem Raum draußen auf der Straße, sondern dort gelten ganz eigene Regeln, und die legen zum Teil die Plattformbetreibenden selbst fest. Wir hätten zwar europaweit den Digital Service Act, der uns helfen würde, wenn es zur kompletten Umsetzung käme. So weit sind wir aber gerade noch nicht. Das liegt an den Herausforderungen, die wir aktuell mit den USA zu diesem Thema haben. Deswegen braucht es also andere Modelle, um Menschen zu schützen. Wir haben ein Vier-Säulen-Modell. Ich stelle Ihnen kurz die vier Säulen vor:

In Säule eins geht es bei uns um das Thema Erkennen. Das heißt, dort werden wir monitoren, welche queerfeindliche Gewalt im Land Berlin stattfindet. Wir sind übrigens für alle zuständig, die Gewalt in Berlin erfahren, unabhängig davon, ob es sich dabei zum Beispiel um Touristinnen oder Touristen handelt. Wir sind für die zuständig, die sich zu dem Zeitpunkt in Berlin aufhalten. In der ersten Säule ist auch unser Modell der Beratung. Wir haben psychosoziale und juristische Beratung, die wir den Menschen anbieten. Das werden die zwei Hauptsäulen sein. Also Menschen, die ihre Fälle auf unserer Plattform ab Mitte Juli melden, bekommen automatisch einen Beratungstermin bei uns angeboten, und dann gucken wir mit der betroffenen Person, was sie braucht. Die HWR, die Hochschule für Wirtschaft und Recht, hat gerade zwei Studiengänge, die für den LSVD, die Fachstelle, aktiv arbeiten und komplette Beratungsstrukturen entwickeln, denn die Bedarfe der Menschen, die digitale Gewalt erfahren, sind ganz unterschiedlich. Man kann also nicht sagen, man geht nach einem Muster immer gleich vor, sondern das muss man sich sehr individuell angucken.

In Säule zwei geht es um Sensibilisierung. Wir sind bereits im ersten halben Jahr im Austausch mit ganz vielen Trägern gewesen. Wir streben eine große Vernetzung innerhalb der queeren Community-Strukturen an. Wir sind auf fast alle Projekte, die es aktuell schon gibt, zugegangen, denn das, was wir mit der Fachstelle liefern, ist auch für viele andere queere Projekte total relevant, ob wir an L-Support oder LesMigraS oder bei Berlin denken. Auch die haben mit Formen von digitaler Gewalt zu tun. Wir wollen sie schulen. Mit ihnen wollen wir zusammenarbeiten und ein gutes, großes Netzwerk zusammen kreieren. Wir sind aber bereits über diese eigenen Netzwerke herausgegangen. Wir bereiten Maßnahmen vor, um Schulen zu sensibilisieren und Projekte im Bereich digitaler Gewalt zu schulen. Wir werden Leitfäden herausgeben und auch in unserer Öffentlichkeitsarbeit niedrigschwellig alles dafür tun, dass Menschen, die von Gewalt betroffen sind, sehr schnell erkennen, welche Rechte sie haben und was sie tun können und vor allem, dass sie damit nicht alleine sind.

Wir möchten auch gern Grauzonen abdecken. Wenn ich Grauzone sage, dann können wir gern den Fall der Senatorin als Beispiel nehmen oder auch den Fall von Leopold, dem queeren Künstler, der Ihnen sicherlich auch bekannt ist. Da wurde die digitale Welt genutzt, um Gewalt im realen Leben auszuüben. Wir sehen uns als Fachstelle auch da zuständig, denn da ist die digitale Welt quasi das Eingangstor für die physische Gewalt.

Überhaupt liegt der gesamte Gedanke, basierend auf der Landesstrategie, bei einem sehr sinnvollen Gedankenmodell, nämlich dass sich die Gewalttaten, die draußen auf der Straße passieren, ursprünglich im Netz radikalisierten. Wenn Sie das auf verschiedensten Kanälen verfol-

gen, dann sehen Sie, dass das an der Tagesordnung ist, und da sind queere Menschen nicht ausgenommen. Wenn Sie sich heute Abend mal im kühleren Setting die Zeit nehmen, auf unseren Facebook-Kanal zu gehen, dann wissen Sie auch noch mal konkret, was ich meine, mit welchen Arten von Anfeindungen wir als Träger, aber auch Privatpersonen betraut sind. Wir haben schon erste Fälle, die uns schon gemeldet worden sind, bevor wir losgelegt haben, um die wir uns aber schon kümmern. Es gibt also auch Fälle, wo Menschen im Sinne von Zwangsoutings bedroht werden. Das ist ein großes Thema. Queere Lebensrealitäten sind nicht immer für alle so, dass man sich im Arbeitskontext oder in anderen Kontexten outen möchte, das ist eine selbstständige Entscheidung, und auch davon sind queere Menschen betroffen. Das heißt, wir haben es auch noch mal mit speziellen anderen Diskriminierungsformen zu tun, mit der die Mehrheitsgesellschaft gar nicht vertraut ist.

Die dritte Säule: Verbinden. Da ist uns etwas, worauf wir sehr stolz sind, gelungen, denn es war ein Auftrag, den wir aus der queeren Community mitgenommen haben. Es wird zukünftig möglich sein, dass wir komplett den Anzeigenvorgang beim LSVD mit unseren Kolleginnen und Kollegen in der Fachstelle abwickeln. Für viele queere Menschen ist das ein Add-on, für das sie sich entscheiden können, wenn sie den Weg über die Polizei nicht gehen wollen. Ich möchte ausdrücklich betonen, dass wir mit den Queerbeauftragten der Polizei sehr gut zusammenarbeiten und dass das auch für viele Menschen ein guter Weg sein kann, das direkt zu machen. Wir schulen auch mit dem Projekt und haben angefangen, alle Multiplikatorinnen und Multiplikatoren in allen Polizeistationen zu schulen, sodass auch die sensibilisiert sind und unser Projekt kennen. Für viele queere Menschen ist aber historisch die Polizei ein schwieriges Thema, und denen bitten wir quasi über unsere Fachstelle eine Möglichkeit, das bei uns zu machen. Wir haben auch bereits eine Kooperation mit der Staatsanwaltschaft, so dass dieser Polizeiweg umgangen werden kann.

Die vierte und letzte Säule: Stärken. Da packen wir alles rein, was die Zivilcourage angeht. Wir wollen mit Positivrollenmodellen arbeiten. Das heißt, wir wollen Menschen zeigen, wie sie sich aktiv gegen Hass einsetzen, und zwar in der digitalen, aber auch in der analogen Welt. Wie Sie alle wissen, ist das ein großes Thema, dass ganz viele Menschen leider wegschauen, wenn Straftaten passieren. Das haben wir immer wieder, und das hören wir auch im queeren Bereich immer wieder. Wir werden einen Preis für Zivilcourage vergeben. Das machen wir am 30. November. Das können Sie sich schon mal vormerken. In Kombination mit unseren Respektpreis werden wir Menschen und Organisationen würdigen, die sich für Zivilcourage eingesetzt haben. Jetzt habe ich wahrscheinlich massiv überzogen und mache an der Stelle einen Punkt. – Danke!

Vorsitzende Ülker Radziwill: Sie haben ein bisschen überzogen, aber ich habe es erlaubt. Das Thema ist ja wichtig. Gibt es Fragen? – Ja, es gibt schon eine Wortmeldung, und sie ist von Herrn Dr. Lederer, und Ihnen folgt dann Frau Wiebke Neumann und dann Herr Walter, in der Reihenfolge. – Bitte!

Dr. Klaus Lederer (LINKE): Vielen Dank erst mal für den Einblick! Ich glaube, dass jeder Mensch, der irgendwie in dem Feld unterwegs ist und sich in irgendeiner Weise positioniert, das alles kennt, auch die Kommentare. Auch allein das, was ich zu der Ausschusssitzung hier auf Facebook gepostet habe, hat mannigfaltige Reaktionen ausgelöst. Ich bin dann immer so, dass ich erst mal nur blocke, weil meine Erfahrung leider auch die ist, dass Strafanzeigen, zu denen ja immer hart geraten wird, am Ende konsequenzlos bleiben. Ich habe heute eine An-

frage zurückbekommen, die ich an den Senat gestellt habe: Organisierte Überfälle auf queere Menschen unter Nutzung von Dating-Apps, und es ist ernüchternd, weil im Grunde sich zum einen die Polizei nicht in der Lage sieht, weil sie sagt: Bei solchen Fällen, wie beispielsweise der, von dem die Senatorin gesprochen hat, können wir gar nicht so richtig sagen, ob es überhaupt eine queerfeindliche Motivation ist. Es ist vielleicht nur ein Eigentumsdelikt. – Man hat auch nicht wirklich einen Überblick. Das heißt, wir können nichts über Trends und Entwicklungen sagen. Da wäre meine erste Frage: Gibt es denn so etwas? Gibt es überhaupt Möglichkeiten zu erheben, wie sich das entwickelt hat, denn – ich habe auch den Eindruck – das nimmt massiv zu? Das ist alles gefühlte Ahnung, aber Ahnung ist ja nicht dasselbe wie Wissen, wie wir immer wieder erfahren müssen.

Dann würde mich natürlich interessieren: Was macht die Fachstelle jetzt? Der repressive Teil, das haben wir gerade gehört, ich kann eine Strafanzeige stellen, aber in vielen Fällen, insbesondere dann, wenn es rein netzbasiert ist, wenn man keine Spuren nehmen kann – bei Überfällen in der Wohnung hat man vielleicht noch irgendetwas Physisches –, bleibt es ohne Konsequenzen. Stelle ich eine Anzeige, füllt das die Kriminalstatistik, ändert aber in der Sache nichts. Was kann man denn im präventiven Bereich überhaupt machen? Was rät man denn den Leuten? Rät man den Leuten: Geht nicht mehr ins Netz? Verabredet euch nicht mehr auf Grindr, denn es könnte sein, ihr holt euch eine Straftat, eine schwere Körperverletzung oder einen schweren Raub in die Bude? Vielleicht können Sie dazu mal etwas sagen. Was sind sozusagen Strategien?

Das Zweite ist Repression. Kann die Fachstelle da mithelfen, und wenn ja, in welcher Weise, dass da eine effektivere Strafverfolgung erfolgt? Es kann nicht dabei bleiben, dass wir hier Ernüchterung konzedieren. Kann die Fachstelle auch etwas dazu beitragen, gegebenenfalls zu einer härteren Gangart gegenüber den Plattformbetreiberinnen und -betreibern zu kommen, denn das ist die Stelle, an der es meist hakt? Das ist die Stelle, an der es meist mit den Ermittlungen beendet ist, insbesondere da, wo bei Dating-Apps nicht mal entsprechende Daten erhoben werden.

Der letzte Punkt: Hilfe für Betroffene. Was unterscheidet die Fachstelle von jeder typischen Opferhilfeberatung, die wir haben, und wir haben ja einige im queeren Bereichen? Wir haben L-Support, MANEO und so weiter. Was unterscheidet die Fachstelle, oder sagen Sie: Nein, das machen wir gar nicht, sondern unser Feld ist das und das und das, und wenn Menschen kommen, die Opfer von Straftaten oder über das Netz erfolgten Übergriffen geworden sind, dann schicken wir sie zu den ganz regulären Opferhilfeberatungen, denn letztlich ist die Situation, mit der man dann umzugehen hat, professionsmäßig nichts anderes als der Überfall im realen Raum? Vielleicht können Sie das noch mal ein bisschen intensiver ausführen, denn das ist mir bislang tatsächlich nicht klar.

Vorsitzende Ülker Radziwill: Frau Neumann, bitte! Ihnen folgt Herr Walter.

Wiebke Neumann (SPD): Auch von mir vielen Dank! – Ich habe ein paar kleine Fragen notiert, zum einen: Wie macht ihr das Angebot publik? Das hier ist heute ein Punkt, und ich habe auch schon die Karten gesehen. Habt ihr da noch Weiteres geplant, vermutlich auch bei den kommenden Großveranstaltungen im Juli? – Du hast schon einige Kooperationen angesprochen, die ihr macht, auch wirklich sehr spannende, auch mit der HWR, das klingt nach einer sehr guten Kooperation. Habt ihr da noch Weiteres geplant und angedacht? Ihr seid ja

erst am Anfang und vieles entwickelt sich noch, aber vielleicht habt ihr da schon andere Sachen geplant.

Zum Thema Plattform würde mich interessieren, wie da eure ersten Erfahrungen und Berührungspunkte sind. Habt ihr da schon direkt Kontakt gehabt und seid vielleicht schon an die ersten Mauern bei den Plattformen gestoßen, wie man sich das so vorstellt? Zum Thema, den Anzeigevorgang komplett über euch abzuwickeln, interessiert mich, ob ihr das auch ein bisschen beispielhaft für andere Projekte seht, ob das etwas sein kann, was man vielleicht dann mit euren Erfahrungen noch weiter nutzen kann.

Vorsitzende Ülker Radziwill: Jetzt Herr Walter!

Florian Winkler-Schwarz (LSVD): Vielen Dank! – Vielen Dank auch für die Fragen! Ich versuche, das noch mal ein wenig ins Detail zu bekommen.

Vorsitzende Ülker Radziwill: Herr Winkler-Schwarz! Darf ich Sie noch einen Moment um Geduld bitten. Herr Walter von Bündnis 90/Die Grünen hat jetzt das Wort. Dann dürfen Sie auf alle Fragen antworten. – Bitte!

Sebastian Walter (GRÜNE): Ich will den Fragenkatalog noch ein bisschen verlängern. Bevor ich das mache, vielleicht noch zwei, drei Vorbemerkungen vorab: Ich würde gern bei dem anknüpfen, was der Kollege Lederer gesagt hat. Wir haben schon im März eine Schriftliche Anfrage zu diesem ganzen Phänomen Dating-Fallen oder Dating-Übergriffen gestellt, und von dem, was ich gerade höre, was Ihnen berichtet worden ist, habe ich das Gefühl, dass sich nichts verändert hat. Schon im März hat die Polizei mitgeteilt, dass es kein Wissen darüber gibt, wie viele Vorfälle es eigentlich gibt, auf welchen Dating-Plattformen es stattfindet, an welchen Orten, ob es bestimmte Strategien von bestimmten Tätergruppen gibt. All das war damals unbekannt. Das scheint nach wie vor unbekannt zu sein. Auch auf die Frage, was denn da getan wird, ob es bestimmte Präventionsstrategien gibt, wurde damals nur allgemein noch mal alles aufgeführt, was die Polizei insgesamt bei queerfeindlicher Gewalt macht. Insofern ist das in höchstem Maße unzufriedenstellend, und der Eindruck bleibt bestehen, dass der Senat das Phänomen noch nicht richtig auf dem Schirm hat, sondern im Gegenteil, da nach wie vor eigentlich mehr Fragen als Antworten existieren. Man muss auch dazu sagen, und das haben wir hier auch schon hereingetragen, dass auch in der Landesstrategie gegen Queerfeindlichkeit, die jetzt erst verabschiedet worden ist, kein besonderer Blick auf dieses Phänomen geworfen wird und auch da nichts verabredet ist.

Ich freue mich, wenn der Queerbeauftragte jetzt auch mit Dating-Plattformen in Kontakt tritt, aber ehrlicherweise würde ich mir da mehr erwarten, insbesondere auch von der Innenverwaltung. Es geht bis hin zu der Frage: Muss man möglicherweise gesetzliche Anpassungen vornehmen, denn dahinter stehen zum Teil weltweit agierende Konzerne, die zum Beispiel wenig Interesse an Datenschutzbestimmungen haben? Darüber haben wir hier auch schon kurz gesprochen. Ich bin nicht sicher, ob einzelne Gespräche der Ansprechperson mit Dating-Betreibern überhaupt zu etwas führen, oder ob man sich da möglicherweise mit anderen Bundesländern zusammentun muss, um zu gucken, welche rechtlichen Möglichkeiten es gibt, diese Plattformen zu einem sicheren Umgang ein Stück weit zu zwingen. Aber das sei erst mal dahingestellt, weil es jetzt so klang, dass die Fachstelle eine Antwort darauf ist. Ich verstehe es eher so, dass die Fachstelle ein sehr breites Angebot hat, das sehr notwendig ist, und

sich selbst um diese Dating-Fallen beziehungsweise Dating-Übergriffe kümmert, was ich erst mal auch sehr gut und sehr richtig finde.

Dazu auch von meiner Seite noch ein, zwei Nachfragen. Mich würde zum einen zum Phänomenbereich selbst interessieren, wie Sie das in der Kürze der Zeit beobachten konnten, an welchen Orten digitale Gewalt stattfindet, ob das möglicherweise auch noch so ein bisschen sortierbar ist. Gibt es bestimmte Personengruppen innerhalb der Community, die besonders betroffen sind beziehungsweise möglicherweise auch in zugespitzter Form von Gewalt, dass man eventuell auch noch mal ein bisschen Perspektiven schärfen oder stärken muss, möglicherweise auch intersektional, wenn Queerfeindlichkeit auch mit anderen Phänomenen wie Rassismus zusammentrifft? Ich will Ihnen das aber gar nicht in den Mund legen, sondern frage offen, ob es da schon Erfahrungen gibt.

Vielleicht auch noch mal konkret: Ich habe ein bisschen herausgehört, dass es Vorbehalte gibt, Vorfälle anzuzeigen. Da finde ich alles, was Sie schon ausgeführt haben, sehr gut und richtig. Die Frage ist, wie man unterstützen kann, dass man an Sie herantreten kann und nicht zwingend direkt persönlich mit der Polizei Kontakt aufnehmen muss. Aber welche Lücken bestehen in diesem ganzen Feld, die Unterstützung von Betroffenen, sonst noch, die man möglicherweise auch über Ihre Arbeit hinaus, noch schließen muss und die politisch bearbeitet werden müssen?

Vorsitzende Ülker Radziwill: Weitere Wortmeldungen habe ich nicht. Jetzt haben Sie das Wort, Herr Winkler-Schwarz, und wir freuen uns, wenn Sie das bescheidene Bündel an Fragen der Abgeordneten formvollendet beantworten könnten.

Florian Winkler-Schwarz (LSVD): Das werde ich gern tun. Vielen Dank für Ihre Fragen! – Noch mal zur Einordnung: Die Fachstelle wurde dieses Jahr genehmigt. Wir sind seit dem 17. Mai draußen auf dem Markt. Wir haben den 25. Juni. Zum Stadtfest ist die Onlineschaltung, die wir mit Camino sehr abgestimmt gemacht haben, damit die Zahlen nutzbar und verwertbar sind. Deswegen wäre alles, was ich jetzt zur Zahlenlage sage, ein reines Bauchgefühl. Da müssen wir uns gern in einem Jahr wiedertreffen und dann auf die Fälle gucken, die bis dato eingegangen sind. Dass sich jetzt Menschen schon an uns gewandt haben, liegt sicherlich an unserer Öffentlichkeitsarbeit, die wir auf dem IDAHOBITA gemacht haben. Wir haben auf dem Wittenbergplatz dieses Jahr die Kundgebung für das Themenfeld „Digitale Gewalt“ ausgerichtet. Diese Art von Aktionen, das ist jetzt auch schon mal die Antwort in Richtung Wiebke, werden wir natürlich sehr stark intensivieren und dieses Jahr das Stadtfest als Schwerpunktort an unserem Stand nutzen, der dieses Jahr sehr präsent gestaltet sein wird, und dort werden wir vor allem auf diese Dating-Fall-Geschichten eingehen und den Menschen Präventionstipps an die Hand geben.

Klaus Lederer fragte zu Recht: Ist das Anzeigeverhalten das einzige? – Nein, das sehe ich sogar eher als einen der kleinsten Punkte. Sie müssen wissen, dass für viele Menschen, die von digitaler Gewalt betroffen sind, die psychosoziale Beratung, also dieser Aspekt unserer Arbeit viel entscheidender ist. Als LSVD verfügen wir auch mit den queeren Schutzwohnungen über große Expertise mit MILES. Wir machen ganz viel psychosoziale Beratung, und bei digitaler Gewalt wird auch die psychosoziale Beratung die Hauptrolle spielen, denn für manche Menschen ist eine Anzeige überhaupt nicht attraktiv. Wir wollen die Leute erst mal bei dem abholen, was sie brauchen. Das kann bei der einen Person das Zuhören sein, das kann bei

einer anderen Person das an die Hand nehmen und ein Löschen im Netz durchzusetzen sein. Es ist nicht so, wenn dort im Netz Dinge erscheinen, Deepfakes et cetera, ein Löschen immer sofort möglich ist. Die Plattformbetreiber legen ihr Recht ganz nach ihren eigenen Maßstäben aus. Deswegen sind wir besonders stolz auf die Zusammenarbeit mit Hate Aid und der Möglichkeit der Trusted-Flagger-Strukturen, weil wir damit ein beschleunigtes Verfahren zur Löschung hinbekommen können.

Wenn Sie mich in einem Jahr wieder fragen werden, werde ich Ihnen auch sagen können, wie viele Fälle und wie gut es ist. Bisher hat das Land Berlin keinerlei Zahlenlagen zu digitaler Gewalt. Es gibt zwar Gewaltschutzprojekte, wo digitale Gewalt teilweise auch mitaufgelistet ist, Sie wissen aber selbst, dass alle Zahlen im queerfeindlichen Bereich mitunter deutlich abweichen. Wenn Sie die Polizeistatistik nehmen, und dann nehmen Sie MANEO und noch von einem dritten Träger die Zahlen, dann haben Sie eine unterschiedliche Zahlenlage. Wir haben uns als Projekt, und das war auch der Wunsch aus der LADS heraus, den wir gern umgesetzt haben, mit Camino zusammengeschlossen, damit die Zahlen dort so einfließen, wie sie in der Gewaltstatistik, die Camino herausbringt, nutzbar sind. Wir werden es sehen. Es wäre unseriös, Ihnen jetzt eine Vorhersage zu machen. Ich kann Ihnen aber sagen, wenn Sie unser Beispiel der letzten Wochen nehmen, wenn wir so eine Fallhäufung haben, dann geht es ganz schnell, dass ganz viele Kommentare oder Vorfälle gleichzeitig entstehen, und da wird es eine gute Aufgabe sein, an der wir arbeiten, das für betroffene Personen entsprechend zu sichern, denn viele Menschen sichern das nicht ordentlich oder löschen es sofort. Dann ist es nicht mehr verwertbar. Dann ist es weg. Es gibt also da einige Maßnahmen und Tipps.

Wir fangen gerade an, zu den sozialen Plattformen, die auch hier in Berlin ansässig sind, da gibt es einige, Kontakt aufzunehmen und mit ihnen Regelwerke zu vereinbaren. Wir möchten Präventionsbotschaften schalten. Es ist also durchaus auch denkbar, dass eine Plattform wie Grindr Hinweise auf ihrer Plattform schaltet. Das wäre sehr niedrigschwellig, und das wären Präventionsbotschaften, wie die Älteren hier im Raum es vielleicht aus früheren Zeiten kennen, dass man zum Beispiel jemanden informiert, wenn man zu einem Date geht et cetera pp, also niedrigschwellige Prävention, wo wir auch mit anderen Projekten zusammenarbeiten. Das war auch eine Frage. Wir sehen uns hier nicht als Konkurrenz zu bestehenden Projekten, sondern es gibt eine große Begeisterung auch bei den anderen Projekten, dass wir das zusammen machen können. Unsere Expertise wird im digitalen Raum liegen, in all der Gesetzgebung, die noch mal von den Straftaten abweichen, die draußen nach dem ganz normalen Strafrecht passieren, und auch anders ist, weil es andere Bedürfnisse im digitalen Raum gibt, als wenn Straftaten da draußen passieren.

Wir können aus den Meldungen, die wir bisher haben, jetzt schon sagen, dass besonders trans-, inter- und nichtbinäre Menschen von Anfeindungen betroffen sind, dass es da oft um Misgendern, Deadnaming et cetera geht, also Formen, die noch mal sehr speziell mit der TIN-Gruppe zu tun haben. Ob sich das jetzt im weiteren Jahr dann bestätigt und wir am Schluss sagen, TIN ist die Hauptzielgruppe, das müssen wir uns angucken, nachdem es eine Weile gelaufen ist.

Wir werden natürlich auch sehr stark im digitalen Raum werben. Es ist logisch als digitale Fachstelle, dass wir dort werben, wo dann auch die Menschen sind. Uns ist es jetzt sehr gut gelungen, binnen des letzten Monats, seit wir an die Öffentlichkeit gegangen sind, die queeren Organisationen miteinander zu vernetzen, denn die sind erst mal unsere erste Anlaufstelle.

Wenn die queere Welt da draußen über ihre Projekte weiß, dass es uns gibt, dann hilft das, und dann müssen wir Menschen vor allem dazu bewegen, Fallmeldungen bei uns abzugeben, vollkommen unabhängig, ob sie dann eine Anzeige erstatten wollen oder nicht, denn das Land Berlin braucht Zahlen, und mit diesen Zahlen werden wir natürlich sowohl Betreiberinnen und Betreiber nerven, aber auch die Polizei. Klaus Lederer hat noch mal gefragt. Ich sehe uns da schon in der Verantwortung und auch die Möglichkeit, hartnäckig zu sein. Wir haben im LKA schon eine Vereinbarung, dass die einzelnen Multis, wie sie im Fachjargon heißen, durch uns geschult werden. Das ist ein erster Stepp, und wir werden sicherlich sowohl politisch, aber auch in Richtung der Polizei weiter dranbleiben und auch laut genug sein. Das betrifft übrigens auch all das, dass, wie zum Beispiel im Volkspark Friedrichshain, das ist auch etwas, wo wir als LSVD schon vor der Fachstelle dran waren, diese Taten dort klar als queerfeindlich benannt werden. Es ist ein Cruising-Gebiet. Wenn ich einen Zaun darum baue und die Menschen abpasse, die da herauskommen, muss man nicht mehr darüber sprechen, ob es sich um queerfeindliche Gewalt handelt. Ich hoffe, ich habe nichts vergessen. Wenn, dann melden Sie sich noch mal.

Vorsitzende Ülker Radziwill: Das hat Herr Dr. Lederer auch schon getan und hat das Wort.

Dr. Klaus Lederer (LINKE): Ich bedanke mich erst mal! Damit ist das Ganze ein bisschen klarer, und ich habe natürlich totales Verständnis, dass man ein Profil, nachdem man gerade gestartet ist, noch nicht umfangreich und ausdifferenziert auf den Tisch packen will. Ich interessiere mich natürlich vor allem dafür, inwieweit es für bestimmte Aspekte, insbesondere der Opferbegleitung und Opferbetreuung, sinnvoll ist, ganz feinziseliert für jeden einzelnen Bereich noch mal eine eigene Geschichte aufzumachen oder ob die Fachstelle Digitale Gewalt nicht eher bedeuten sollte, Kompetenzstelle zu sein, um insgesamt durchschlagskräftiger zu werden, insbesondere wenn das Land relativ nackt dasteht. Jedenfalls ist das das Ergebnis der Anfrage.

Ich habe noch ein paar Fragen an den Senat. Herr Winkler-Schwarz hat eben gesagt, wir brauchen Zahlen. Der Senat teilt mir mit, mit Zahlen ist nicht, also im Grunde, man weiß nichts. Das steht in der Antwort der Anfrage, weil man das alles gar nicht genau sagen kann, und das wird alles nicht wirklich erfasst, und man kann zur Motivation nichts Richtiges sagen. – Wäre es nicht eigentlich Aufgabe der Strafverfolgungsbehörden, zumindest was die Anzeige angeht, Zahlen zu liefern? Was nützt es denn, wenn Sie der Polizei oder der Staatsanwaltschaft Zahlen geben und die teilen mir am Ende trotzdem mit: Wir können hier nichts verifizieren. – Wird sich da möglicherweise mal etwas ändern, denn wir bekommen im Grunde seit andert-halb Jahren, mir geht es genauso wie dem Kollegen Walter, immer dieselben Antworten, wenn wir eine entsprechende Anfrage stellen? Man kann uns eigentlich nichts sagen. Vielleicht sagen Sie uns dazu mal etwas.

Das Zweite ist: Sieht der Senat die Notwendigkeit, etwas zu unternehmen, um die gesetzlichen Regelungen zur Plattformregulierung zu verändern, denn das wäre dann die notwendige Konsequenz? Wenn da Wildwesten herrscht, dann braucht es eine Regulierungsform. Das wiederum erfordert natürlich einen entsprechenden Druck. Können Sie dazu vielleicht etwas sagen?

Der nächste Punkt: Gründe für verminderte Anzeigebereitschaft gerade in dem Bereich. Mir persönlich geht es so, wenn ich alles melde, was mir im Internet an Hass begegnet, dann

komme ich zu nichts anderem mehr. Ich könnte jetzt allein aus den letzten anderthalb Monaten bestimmt Hunderte Aspekte, Hunderte Punkte, Kommentare und so weiter melden, die ungefähr den Klang haben von dem, was du, Florian, vorhin vorgestellt hast. Ich mache es in der Tat so, ich blockiere, und das ist für mich die effektivste Möglichkeit. Wo sieht denn der Senat die Gründe dafür, dass offenbar für viele mehr nicht infrage kommt, und was könnte man an der Stelle tun? Das ist eine offene Frage. Wenn die Ansprechperson des Senats für queere Lebensweisen durch die Gegend rennt und sagt: Zeigt an, zeigt an, zeigt an, dann muss er mir begründen, warum. Was ist der Grund? Wo liegen die Gründe, dass es derzeit offenbar nicht genug passiert?

Der letzte Punkt: Zumindest im analogen Raum wissen wir inzwischen von Phänomenen, dass rechtsextreme Jugendgruppen ganz gezielt auf die Jagd gehen, das zum Teil verrückterweise in Kombination mit islamistischen Tätergruppen, eine spannende Kombi, da ist man sich offensichtlich ganz einig, weil man dieselben Leute hasst. Queerfeindlichkeit als Brückenideologie kennen wir aus dem Berlin-Monitor. Das scheint wunderbar zu funktionieren. Hat der Senat Anhaltspunkte dafür, dass sich im digitalen Raum Ähnliches abspielt? Ich kann mir angucken, wer mir die Hasskommentare reinspült. Ganz viele davon sind Freunde der AfD. Das wird der AfD nicht gefallen, aber die machen gar keinen Hehl daraus. Das ist im Profil sehr deutlich zu sehen. Sie wünschen mich in die Psychiatrie oder in die leeren Asylantenheime, die dafür nach der Remigration zur Verfügung stehen könnten. Auf dem Level läuft das ab. Rechtsextreme Jugendgruppen scheinen ein neues Phänomen zu sein, die ganz organisiert und gezielt diese Dinge machen. Gibt es dafür Anhaltspunkte? Wissen Sie dazu etwas?

Vorsitzende Ülker Radziwill: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Dann würde ich der Senatorin das Wort geben und Herrn Winkler-Schwarz dann im Anschluss.

Senatorin Cansel Kiziltepe (SenASGIVA): Vielen Dank, Frau Vorsitzende! – Es waren viele wichtige und richtige Themen, die angesprochen worden sind. Wir haben das Phänomen, dass Statistiken nicht vorliegen, aber auch Antworten darauf, wie man mit Gewalt im digitalen Raum umgeht, angesprochen. Die Bundesgesetzgebung ist zum Beispiel bei sexualisierter Gewalt im digitalen Raum unterwegs. Es ist natürlich auch die europäische Ebene gefragt, wenn es um den Digital Service Act geht. Das ist alles nicht so ganz einfach zu handhaben. Wir erleben, dass sich Phänomene wie Queerfeindlichkeit im Netz in der letzten Zeit, wie auch in anderen Bereichen, was Frauen angeht, immer mehr verstärkt. Wir wissen auch, das haben Sie auch gesagt, Herr Abgeordneter Lederer, dass rechtsextreme Jugendgruppen vermehrt unterwegs sind und dass diese rechtsextreme Ideologie, wissenschaftlich auch bestätigt, eine Brückenideologie ist, um bestimmte spezifische Gruppen anzusprechen und für sich zu gewinnen. Dazu gehört Hass auf die queere Community, dazu gehört aber auch der Antifeminismus, der virulent ist. Das gilt es zu bekämpfen, und da ist jede Ebene gefragt.

Wir tun das, was in unserer Zuständigkeit liegt. Wir sind froh, dass wir jetzt in Berlin diese Fachstelle haben, und auch auf Bundesebene gibt es Bewegung. Auch da sind wir in den Gesprächen. Europa ist für diese Plattform die zentrale Stelle, die für alle Bereiche Regulierungen vornehmen muss, und dafür braucht es politische Mehrheiten. Das wissen Sie. – Danke schön!

Vorsitzende Ülker Radziwill: Vielen Dank! – Bis hierher haben wir eine Stunde gebraucht. – Herr Winkler-Schwarz, wenn Sie möchten, haben Sie jetzt noch mal das Wort.

Florian Winkler-Schwarz (LSVD): Ich möchte mich bei Ihnen allen für die Möglichkeit zur Anhörung bedanken, und bitte, verbreiten Sie die Fachstelle weiter. Wir sind im Gründungsjahr auf Sie, auf euer Mitwirken angewiesen, dass möglichst viele Menschen davon erfahren. Ziel muss es sein, lieber Klaus, dass du das nicht mehr blockieren und unsichtbar stellen musst, sondern dass da entweder im besten Fall gar keine Kommentare mehr stehen oder deutlicher Recht im digitalen Raum durchgesetzt wird. Für beides werden wir uns als Fachstelle stark machen, und wir werden uns auch dafür stark machen, dass die Zivilgesellschaft nicht wegschaut. Wir erleben es draußen auf den Straßen bei queerfeindlichen Übergriffen, aber wir erleben es auch im Netz. Ich sehe schon auch die restliche Zivilgesellschaft in der Verantwortung, ihr Wort, ihre Stimme zu erheben, wenn Menschen von digitaler Gewalt betroffen sind, dagegen zu setzen. Dafür werden wir uns stark machen. Ich freue mich, in einem Jahr oder wann auch immer mal wieder zu Ihnen kommen zu können und Ihnen dann auch Zahlen vorzustellen. – Danke für die Möglichkeit!

Vorsitzende Ülker Radziwill: Sehr gern! Es werden die Kollegen, die dann in der nächsten Legislatur hier dieses Thema arbeiten, Sie einladen, da bin ich mir ziemlich sicher. Ich wünsche Ihnen im Namen des Ausschusses viel Erfolg. Es möge die erreichen, die Hilfe brauchen. Es wäre wünschenswert, wenn es an sich nicht gebraucht werden und man in der Gesellschaft viel respektvoller miteinander umgehen würde. In diesem Sinne, viel Erfolg!

[Unterbrechung der Sitzung von 15.03 Uhr bis 15.12 Uhr]

Dann halte ich fest, dass wir die erste Anhörung, Punkt 3, behandelt haben und abschließen können.

Ich rufe auf

Punkt 4 der Tagesordnung

- a) Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs [0270](#)
Queere Räume sichern IntGleich
(auf Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und
der Fraktion Die Linke)
- b) Antrag der Fraktion Die Linke [0243](#)
Drucksache 19/2811 IntGleich
**Queere Räume sichern, die Zeit drängt! – Berlin
braucht zügig ein Landeskonzzept zum Erhalt
queerer Orte**

Hierzu: Anhörung

Zu diesem Punkt ist Herr Mertens von SenASGIVA dabei, den ich herzlich begrüße. Wir haben noch weitere Anzuhörende. Ich darf Sie in alphabetischer Reihenfolge herzlich begrüßen. Wir haben zum einen Herrn Marcel Rohrlack. Er ist Vorsitzender des Schwulenzentrums Berlin – SchwuZ – e. V. Herzlich willkommen! Dann haben wir Herrn Marcel Weber, Vorstandsvorsitzender Clubcommission, Netzwerk der Berliner Clubkultur e. V. Auch an Sie ein herzliches Willkommen! Zum dritten Mal heute Herr Florian Winkler-Schwarz, Geschäftsführer vom Lesben- und Schwulenverband in Deutschland – LSVD. Auch für diese Anhörung ein weiteres Mal herzlich willkommen. Auch hier gehe ich davon aus, dass Sie ein Wortprotokoll wünschen. – Das wird bestätigt. Dann verfahren wir so. Die Begründung des Besprechungspunktes beziehungsweise der Anhörung übernimmt Herr Walter für die Antragsteller. – Bitte sehr!

Sebastian Walter (GRÜNE): Vielen Dank, Frau Vorsitzende! – Von mir erst mal vielen Dank an die Anzuhörenden, dass Sie heute da sind! So wahnsinnig viel erklären muss man gar nicht, wenn man das Stichwort „queere Räume sichern“ hört. Einer der wichtigsten queeren Orte ist aus Berlin zunächst einmal verschwunden, sage ich so drastisch, auch wenn wir heute viel über die Zukunftsperspektiven hören werden. Die Schließung des SchwuZ hat Berlin und die queere Community besonders aufgerüttelt und betroffen gemacht. Es ist deswegen auch gut, über das SchwuZ zu reden, aber auch insgesamt über queere Ausgehorte, queere Clubkultur, Clubkultur insgesamt und nach vorn gerichtet gemeinsam zu diskutieren und zu überlegen: Wie kann man solche Orte eigentlich schützen? Deswegen noch mal danke, dass Sie heute da sind!

Wenn es um queere Orte geht, geht es aber auch um wesentlich mehr. Es geht um Beratungseinrichtungen, Safe Spaces, Schutzräume, Begegnungsorte, also das umfasst wesentlich mehr. Wir haben beispielsweise auch von der AHA gehört, die in Schöneberg in der Monumentenstraße sitzt, dass sie auch gerade Räume sucht. Letztes Jahr war fraglich, ob die überhaupt verbleiben können. Jetzt es ist ein temporärer Zustand, und das sind nicht die einzigen Orte. Queere Räume sichern, heißt auch, vor Gewalt zu schützen. Auch das gehört dazu. Queere Räume werden vermehrt angegriffen. Ach darüber haben wir hier im Ausschuss schon gesprochen: Das Schwule Museum, auf das geschossen worden ist. MANEO ist mehrfach attackiert worden im letzten und in diesem Jahr, RuT ist angegriffen worden, also viele Einrichtungen sind auch schon in den letzten Jahren immer wieder unter Druck gesetzt worden.

Wir wollen heute über die Mietsituation, über Gewerbemieten, die steigen, reden, insgesamt aber auch über die Frage, was das Land tun kann, über die Verantwortung der landeseigenen Unternehmen, die Liegenschaftspolitik, aber auch über die Frage von Nutzungsverhalten und so weiter und so fort. Mehr Stichworte will ich anfangs gar nicht reingeben, aber die konkrete Frage auf jeden Fall noch mal mitgeben: Was kann Politik tun? Was kann auch dieser Senat tun?

Ich sage das hier einmal so offen, weil die Kritik auch bekannt ist: Wir hätten uns vom Senat mehr gewünscht, was das SchwuZ angeht, und wir haben auch insgesamt den Eindruck, dass dort auch mehr geschehen kann. Insofern begrüßen wir auch den Antrag der Linken, der heute mit aufgerufen wird, den Klaus Lederer vorstellen wird. Wir sagen klar, es braucht eine Landesstrategie im Umgang mit queeren Räumen, ob das Clubs, Ausgehorte, Beratungsorte oder Safe Spaces sind. Wir brauchen in Berlin eine Strategie, damit die nicht dichtmachen müssen.

Vorsitzende Ülker Radziwill: Dann bekommt Herr Lederer für die Begründung des Antrags unter Punkt 4 b – Drucksache 19/2811 – das Wort. – Bitte!

Dr. Klaus Lederer (LINKE): Vielen Dank, Frau Vorsitzende! – Bezüglich der Anhörung kann ich für meine Fraktion schon mal sagen, dass es für uns okay ist, wenn wir heute die Tagesordnungspunkte finalisieren, denn wir kommen in dieser Wahlperiode ohnehin nicht noch mal zu einer expliziten Auswertung der Anhörung, und mit dem Wortprotokoll liegt dann gegebenenfalls die entsprechende Dokumentation für die weitere Arbeit im Parlament vor. Die Enkel fechten es dann besser aus. Das werden wir dann in der nächsten Legislaturperiode sehen.

Zum Antrag: Er hat eine ausführliche Begründung. Die will ich hier nicht wiedergeben. Sie ist inzwischen auch ein halbes Jahr alt. Ich will aber ein paar Aspekte nennen, die für uns in einem Landeskonzept Gegenstand wären. Es geht gar nicht unbedingt immer um viel Geld. Es geht letztlich sogar um relativ überschaubare Summen, aber ein bisschen braucht man natürlich, ein paar Ressourcen braucht man. Sie sind vielleicht auch besser angelegt als bei einem CSD-Wagen des Regierenden Bürgermeisters. Mit der halben Million könnte man schon eine Menge machen, wenn man sie jedes Jahr bereitstellen würde, anstatt damit einen lauen Sommertag zu Wahlkampfzwecken zu bestreiten. Ich würde mal ein paar Punkte nennen und die Anzuhörenden bitten, darauf einzugehen, inwieweit sie das für geeignete Werkzeuge halten, um dem Problem zumindest ein Stück weit näher zu kommen.

Wir haben in unserem Antrag zum einen die Etablierung eines Sicherheitsfonds für queere Räume für Notsituationen vorgeschlagen, also dass man kurzfristig, schnell und unbürokratisch helfen kann, verbindliche Vorgaben auch bei der Vergabe von Flächen in Landesliegenschaften, die Entwicklung von neuen queeren Räumen, und damit meine ich mehr als nur eine Bedarfsabfrage, die man macht, wo man weiß, es kommt am Ende sowieso nichts Großen bei rum.

Ich hielte es auch für sinnvoll, wenn queere Kultur oder Gewerbegeossenschaften in geeigneter Weise gefördert würden. Da gibt es hier auch einige Ansätze. Ich finde eine regelmäßige und proaktive Kommunikation mit den queeren Raumbetreibenden wichtig, damit man rechtzeitig weiß, wo ein Problem auftaucht und rechtzeitig reagieren kann und nicht erst dann, wenn das Kind de facto schon in den Brunnen gefallen ist. Dasselbe gilt für Interventionen in

akuten Notfällen drohenden Raumverlustes. Ich weiß, dass ich das während meiner Zeit als Kultursenator im Kulturbereich ein paar Mal erfolgreich gemacht habe. Da konnten wir Raumverluste verhindern, indem wir mit den Eigentümern gesprochen haben. Verbindliche Vorkehrungen in Planungs- und Entscheidungsprozessen, damit der Senat durch seine Ansiedlungs- oder Stadtentwicklungspolitik nicht selbst verdrängt, es wäre auch gut, wenn geeignete Förderinstrumente da wären, um subkulturelle Orte bei der Programmgestaltung zu unterstützen, wichtig wäre, weil ich immer wieder von Schwierigkeiten höre, ein schneller und unbürokratischer Ausgleich, wenn queere Räume angegriffen werden, also wenn Schäden entstehen – wir erinnern uns an Das Hoven, 100 Strafanzeigen innerhalb von zwei Jahren, der Gastronom hat die Kosten im Grunde allein getragen, das geht an die wirtschaftliche Substanz, und dass er durchgehalten hat, liegt, glaube ich, vor allem an seinem besonderen Engagement und der Solidarität in der Szene, aber das geht natürlich auch nur begrenzt –, eine Entwicklung und Ausgestaltung einer Raumstrategie gemeinsam mit den bezirklichen Queerbeauftragten, denn die wissen, was vor Ort läuft, und letztlich wäre, das ist auch ein Dauerbrenner, eine Reform des Gewerbemietrechts wichtig und ein Baurecht, das kulturfreundliche urbane Nutzungsmischungen zulässt, denn dann würden die Spielräume größer werden, um queere Räume hier in der Stadt zu etablieren.

Vorsitzende Ülker Radziwill: Herr Lederer! Könnten Sie mir noch ein neues Berichtsdatum geben. Es ist schon abgelaufen. 31. Mai steht drin.

Dr. Klaus Lederer (LINKE): Der Antrag wird ja sowieso abgelehnt, aber ich würde sagen, nehmen wir doch den 30. September.

Vorsitzende Ülker Radziwill: Dann nehmen wir den 30. September. So viele Formalitäten müssen wir hier erfüllen. Dann eine einleitende Stellungnahme des Senats. – Frau Senatorin, Sie haben das Wort!

Senatorin Cansel Kiziltepe (SenASGIVA): Gern würde ich ein paar Punkte nennen, Frau Vorsitzende! Danke auch an die Abgeordneten für die Begründung dieses wichtigen Themas! Ich finde das auch sehr wichtig. Wir erleben in den letzten Jahren in Berlin vermehrt queere Hasskriminalität. Einige Beispiele wurden hier auch genannt – Das Hoven, Topsy Bear Bar. Angriffe und Bedrohungen, aber natürlich auch die Gentrifizierung machen der queeren Community viele Probleme, auch hohe Energie-, Personal- und Lebenshaltungskosten, ein geändertes Ausgehverhalten. Ich finde die Forderungen in diesem Antrag eigentlich gut, wir haben aber mit unserem LSBTIQ+ Aktionsplan 2023 ressortübergreifend Maßnahmen ergriffen, und Sie haben in der Vorgängerregierung auch daran mitgewirkt, dass wir diesen Aktionsplan beschließen konnten. Es gibt dort auch Maßnahmen, die konkret diesen Bereich betreffen. Allerdings sind die Zuständigkeiten sehr breit gefächert, und man kann nicht als Senatsverwaltung für Antidiskriminierung und Vielfalt das alles allein umsetzen. Fast alle Senatsverwaltungen sind von den Forderungen betroffen, und das sollte dann natürlich mit den Kolleginnen und Kollegen in den anderen zuständigen Ausschüssen besprochen und perspektivisch geguckt werden, ob und wie vor allen Dingen diese Unterstützungsstrukturen geschaffen werden können. Ich freue mich auf die Anzuhörenden, die hier sind, und über den Austausch. – Danke schön!

Vorsitzende Ülker Radziwill: Dann darf ich jetzt in die Anhörung einsteigen. Jetzt sind die Anzuhörenden dran. Ich begrüße Sie noch mal alle, und Sie dürfen mit Ihren Stellungnahmen

beginnen. Haben Sie sich untereinander ausgetauscht, wer startet? – Alle zeigen in Richtung Herrn Rohrlack. Dann hat er das Wort. – Bitte sehr!

Marcel Rohrlack (Schwulenzentrum Berlin – SchwuZ – e. V.; Vorstandsvorsitzender): Ich danke Ihnen sehr herzlich! Vielen Dank, Frau Vorsitzende! – Frau Senatorin! Sehr geehrte Abgeordnete! Danke im Namen des Vereins, dass wir hier die Möglichkeit haben zu berichten und für Fragen zur Verfügung zu stehen. Ich möchte trotzdem noch einen Hinweis voranstellen: Ich berichte natürlich aus der subjektiven Perspektive des SchwuZ und des SchwuZ-Vereins und nehme für mich nicht in Anspruch, für alle Räume in der Community zu sprechen oder sprechen zu können.

Ich bin seit März Vorsitzender des SchwuZ e. V., zusammen mit vier weiteren Vorstandsmitgliedern. Wir sind ein Verein zur Förderung und Öffentlichmachung der kulturellen Interessen und des künstlerischen Ausdrucks schwuler Männer, so qua Satzung, in Praxis und Selbstverständnis ist das längst auf alle queeren Menschen ausgeweitet. Das wurde in den letzten Jahrzehnten ganz zentral, aber nicht nur, über den Betrieb eines Nachtclubs verwirklicht. Dieser Verein ist 1977 als Schwulenzentrum Berlin im Rahmen der homosexuellen Aktion Westberlin, HAW, entstanden und hatte in der Folge vier Locations in Schöneberg, Kreuzberg und Neukölln. Mitte der Neunzigerjahre hat eine Professionalisierung stattgefunden, die unter anderem zur Gründung des eingetragenen Vereins, für den ich heute hier bin, geführt hat und dann anschließend die Gründung einer Club GmbH. Diese Unterscheidung wird gleich noch wichtig. Ab 2013 waren wir in der Rollbergstraße 26 in Neukölln mit einem großen Nachtclub präsent, der in den vergangenen Jahren zunehmend wirtschaftliche Schwierigkeiten bekommen hat. Eine sehr umfangreiche Unterstützungskampagne, auch durch den Verein, bei der über 50 000 Euro zusammengekommen sind, war leider nicht ausreichend, eine Schließung und die Insolvenz abzuwenden. Am 1. November 2025 wurde der Club dann geschlossen, und hier noch mal die Unterscheidung: Die Insolvenz betrifft die GmbH beziehungsweise noch eine zweite GmbH für den Clubbetrieb, der Verein selbst ist weiterhin aktiv und heute ja auch hier.

Die Gründe für das Scheitern am Rollberg sind vielfältig und werden gerade von uns strukturiert aufgearbeitet. Das betrifft sowohl eigene Fehler, die auf kultureller und betriebswirtschaftlicher Ebene stattgefunden haben, aber natürlich auch ein verändertes Ausgehverhalten, gestiegene Kosten und eine geringere Ausgabenbereitschaft von Gästen im Allgemeinen. Klar ist für uns – wir haben vier Locations gehabt, wir arbeiten an der fünften –: Jede Zeit hat ihr SchwuZ. Fast 50 Jahre sind 50 Jahre Veränderung, und aus dieser Perspektive möchte ich heute auch hier darüber sprechen.

Das SchwuZ hat eine Bedeutung weiter über einen Nachtclub hinaus. Die Gründung der Sie-gessäule, des queeren Buchladens Prinz Eisenherz, der Schwulenberatung, aber auch der erste Berliner CSD 1979 haben ihren Ursprung im SchwuZ. Es ist ein Ort für Künstlerinnen und Künstler und queere Kunst und die Weiterentwicklung derselben, ein Safer Space für marginalisierte Gruppen und am Ende auch ein Beitrag zur Strahlkraft Berlins und damit auch ein Wirtschafts- und Tourismusfaktor. Zentral ist die Selbstorganisation der Szene, die wir über den Verein verwirklichen, was uns von einer rein kommerziellen Nachtkultur unterscheidet. Wichtig ist sicherlich in Bezug auf das Scheitern am Rollberg: Wie wären heute in einer anderen Lage, wenn uns die Räume gehört hätten, aber die Raumkosten waren nicht ursächlich. Das ist wichtig, damit dort keine Mythen entstehen. Deswegen habe ich auch gesagt, ich kann

nicht für die gesamte Szene sprechen. Für uns waren die Raumkosten am Rollberg nicht das Entscheidende. Für andere kann das der Fall sein. Es ist am Ende normal, dass Orte auch verschwinden. Es gab bereits drei SchwuZ, die verschwunden und dann mit dem Vierten wiedergekommen sind. Wichtig ist aber, dass die Erneuerung im gleichen Maße stattfindet, wie Dinge verschwinden, und das ist aktuell vermutlich etwas im Ungleichgewicht.

Zentrale Herausforderungen sind unseres Erachtens die Verfügbarkeit von Räumen und Investitionskosten. Wir arbeiten gerade an einem Neustart, und es ist ein Neustart, die Phase der Rettung des SchwuZ ist vorbei. Wir wollen wieder einen eigenen Laden, da nur dann das SchwuZ die kreative Energie entfalten, der Raum für Kreativität, dieser Safer Space sein kann, der es die letzten fast 50 Jahre war. Wir haben ein neues Team. Wir haben viele neue Mitglieder. Wir sind hochmotiviert. Wir haben mit einer Partyreihe den kreativen Neustart vorweggenommen, um zu zeigen: Wir arbeiten an dieser Neuerung und auch Partner in der gesamten Stadtgesellschaft zu finden, aber Motivation allein wird kein neues SchwuZ ermöglichen. Wir gründen aus dem Ehrenamt, und die zentrale Hürde sind Investitionskosten. Es ist zentral, dass dieser Anschub funktioniert, weil wir kaum nennenswert eigenes Kapital mitbringen können, und das gilt für den Großteil der zivilgesellschaftlichen Infrastruktur in Berlin. Wichtig ist, dass Förderung die Hürden für den Einstieg senkt und nicht dauerhaft Geschäftsmodelle, die nicht tragfähig sind, ermöglicht. Ich bin aber fest davon überzeugt, es gibt sehr viele tragfähige Geschäftsmodelle, die aber über die erste Hürde der Investitionskosten hinwegkommen müssen. Unbenommen davon gibt es natürlich weiterhin Möglichkeiten zur Förderung bestimmter Projekte, die eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe erfüllen. Wichtig ist die Perspektive der Langfristigkeit. Langfristigkeit entsteht durch sichere Mietverhältnisse und auch Eigentum. Das kann natürlich auch auf landeseigenen Flächen ermöglicht werden, und die Frage von Investitionskosten ist ganz zentral und auch der Zugang zu Krediten und anderen Finanzierungen in der Anfangsphase. – Das wäre mein Statement für den Anfang. Ich habe ganz knapp überzogen. Ich hoffe, das verzeihen Sie mir.

Vorsitzende Ülker Radziwill: Selbstverständlich, das ist noch im Rahmen. Vielen Dank! – Wer möchte weitermachen? – Herr Weber, bitte sehr!

Marcel Weber (Clubcommission – Netzwerk der Berliner Clubkultur e. V.; Vorstandsvorsitzender): Auch von meiner Seite vielen Dank für die Einladung! Ich weiß gar nicht, ob ich für die gesamte Szene sprechen kann, aber ich vertrete hier als Vorsitzender der Berliner Clubcommission einen großen Teil der Berliner Clubszene und freue mich, dass wir hier zum Antrag der Linken, der ja tatsächlich schon über ein halbes Jahr als ist, sprechen. Als erstes bin ich natürlich über die Überschrift gestolpert: Die Zeit drängt! – Ich glaube, die Zeit ist schon abgelaufen. Wir sehen das ja an allen Stellen, nicht nur das SchwuZ ist verschwunden, wir haben gerade eine Situation auf dem RAW-Gelände mit dem Cassiopeia, in dem unter anderem auch viele queere Events stattfinden. Das ist die Frage, die sich uns immer wieder stellt: Was muss eigentlich passieren, damit wir dieser Entwicklung, die die Stadt seit nahezu 35 Jahren erlebt, etwas entgegensetzen? Dafür braucht es vor allem erst einmal zivilgesellschaftliches Engagement. Deshalb sind wir froh, dass wir diese Arbeit mit der Unterstützung der verschiedenen Senatsverwaltungen machen können.

Ich werde versuchen, auf die Fragen einzugehen, die auch von Klaus Lederer gestellt worden sind, ob das sinnvoll ist, was da alles in diesem Antrag drinsteht. Es sind in dieser Stadt bereits verschiedene Sicherungsmöglichkeiten vorhanden. Ich glaube, es gibt wenige Zugang und Bewusstsein darüber, dass, wenn mal etwas schief läuft und solche Institutionen wie das SchwuZ in die Krise kommen, Leute sofort schalten und sagen: Okay, wir haben da Möglichkeiten, auf die wir verweisen können, um eine Unterstützung zu geben. Das war zu dem Zeitpunkt irgendwie nicht realisierbar, und dann hat das eben auch nicht stattgefunden. Das heißt, wir müssen vor allem erst mal Wissen darüber vermitteln, was es alles gibt, und dann brauchen wir natürlich auch die Unterstützung, weil selbst wir den Überblick in der Zusammenarbeit mit den verschiedenen Senatsverwaltungen verlieren, welche Möglichkeiten es eigentlich gibt. Es ist übrigens auch so, dass wir hier als drei Repräsentanten der queeren Szene sitzen, die auch alle ihre Geschichte mit dem SchwuZ haben. Wir sind aber drei weiße Cismänner, die sehr viel Zugang zu Ressourcen haben, die andere nicht haben, und dann denken wir vor allem in der Berliner Clubkultur an die vielen marginalisierten Perspektiven, die überhaupt keinen Zugang haben, weder zu den Netzwerken, noch zu den finanziellen Möglichkeiten, noch zu den Räumen. Deshalb ist es uns noch mal besonders wichtig, auch die mitzudenken und nicht in Vergessenheit geraten zu lassen. Wir finden es total unterstützenswert, wenn das Land Berlin mit seinen ja immer noch vorhandenen Liegenschaften auch dafür sorgt, und das ist jetzt übrigens auch eine Forderung in Bezug auf das RAW-Gelände, weil selbst, wenn der Eigentümer sich durchsetzt – was ja sowieso schon eine Katastrophe und ein Signal der verfehlten Stadtentwicklungspolitik der letzten mindestens zehn, wenn nicht eher 20 Jahre ist –, dann ist ja die Frage: Wo gehen die hin? Die können ja nicht auch einfach verschwinden. Wenn wir das so geschehen lassen, dann ist das natürlich auch ein Ausdruck der politischen Entscheidungsträgerinnen und -träger. Ich möchte im Übrigen mal als Vergleich sagen: Als das WATERGATE angekündigt hat zu schließen, hat sofort die Senatorin Giffey angerufen, hat gesagt: Lasst uns mal alle an einen Tisch setzen und nach einer Lösung suchen! – Als das SchwuZ geschlossen hat, gab es auch viel Aufregung, aber es hat eine Weile gedauert, bis sich die entsprechenden Leute aus dem Senat gemeldet haben.

Dass das RAW jetzt seit Wochen ankündigt, dass sie da runtermüssen, hat dazu geführt, dass sich niemand gemeldet hat und dass gestern auf Nachdruck ein Gespräch mit dem Staatssekretär für Wirtschaft Michael Biel stattgefunden hat, überhaupt mal mit einem der Betreiber dort zu sprechen und zu fragen: Wie geht es euch eigentlich, und was können wir tun? –, weil es heute ein Gespräch mit der Kurth-Gruppe gibt.

Insofern sind natürlich die regelmäßigen Treffen und Austausche total wichtig, und es ist total wichtig, dass auch Eigeninitiative unterstützt wird. Es ist ja nicht immer so – das hat auch Klaus Lederer richtigerweise gesagt –, dass man immer nach Geld fragt und fordert. Aber es braucht vor allem Rahmenbedingungen, und das Land Berlin hat ja auch einiges zu bieten. Es hat Räume im Angebot, es hat die Möglichkeit, klare Voraussetzungen zu schaffen, wie neue Räume entstehen können. Wir haben ja sehr viel zum Thema: Will ich etwas Neues aufmachen, muss ich überall hin- und herrennen. Da ist ja jetzt schon Bewegung drin, das neue Landesgaststättengesetz, unter dem ja auch so eine Anmeldung eines Clubs fallen würde, könnte ja dazu führen, dass man sich an eine Stelle wendet, und dann wird im Hintergrund gearbeitet, und dann hat man es nicht mit 20 Ansprechpersonen zu tun und im Zweifel schon gar keine Lust mehr. Ich glaube, das Wichtige ist auch, dass es ein vielsprachiges Angebot gibt, das hält ja viele Leute davon ab, die nicht muttersprachlich deutsch sind, überhaupt einen Laden aufzumachen. Wir können das gerade bei Chez Pansy verfolgen, die einen neuen Ort aufmachen will, der für queere Kultur da ist. Aber wir sehen auch in der Begleitung dieses Prozesses, wie hoch die Hürden eigentlich nach wie vor in der Verwaltungsebene, in den Bezirken und im Land sind, weil es einfach keinen Zugang zu mehrsprachigen Angeboten gibt, also muss man sich dann mit dem verbindlichen Förderdeutsch auch ziemlich gut auskennen.

Wenn Schäden entstehen, muss man eine Möglichkeit finden, diese kurzfristig zu kompensieren. Ich ziehe mal wieder den Vergleich zum Sport, weil der an anderer Stelle hier schon im informellen Gespräch gefallen ist: Im Sport gibt es einen Fonds, der besteht aus 10 Millionen Euro, da können Vereine, Organisatoren von Veranstaltungen hinkommen, und wenn die nachweisen können, dass sie alles getan haben, was zu tun ist und trotzdem Minus haben, dann wird das aus dem Topf einfach ausgeglichen. Ich finde, wir dürfen das natürlich insgesamt nicht nur für die queere, aber insbesondere für die queere Kultur machen, weil die es in unserer Gesellschaft ungleich schwerer hat, und wir müssen es nicht noch unnötig schwerer machen als es ist, sondern wir können zumindest mal eine Gleichstellung in der Behandlung ermöglichen, und das wünschen wir uns. – Damit mache ich einen Punkt.

Vorsitzende Ülker Radziwill: Einen Punkt mit einer Fastpunktlandung. – Herr Winkler-Schwarz, Sie haben das Wort.

Florian Winkler-Schwarz (LSVD): Vielen Dank, Frau Vorsitzende! – Frau Senatorin, liebe Anwesende, vielen Dank! – Sie haben jetzt schon viel zur Clublandschaft gehört, mit der wir drei hier durch das SchwuZ ja alle historisch sehr verbunden sind. Aber ich möchte noch mal eine andere Perspektive reinbringen: Queere Räume sind für viele Menschen weit mehr als Orte des Ausgehens oder der Freizeitgestaltung. Sie sind oft auch Schutzräume, Begegnungsorte, Beratungsorte und oftmals auch die ersten Orte, an denen Menschen erfahren, dass sie mit ihren Fragen, Erfahrungen und Identitäten nicht allein sind. Ich spreche da insbesondere auch die Infrastruktur an, die wir in Berlin haben, an Organisationen und Trägern wie wir, an Beratungsstellen, die alle ihren wichtigen Beitrag leisten, nicht gewinn- und wirtschaftlich orientiert sind und trotzdem ein großer Bestandteil und Baustein in einer queeren Infrastruktur einer Regenbogenhauptstadt sind. Gerade junge, ältere queere Personen und trans, inter und nicht-binäre Menschen sowie Menschen mit Mehrfachdiskriminierung sind insbesondere auf diese Räume angewiesen. Diese queeren Räume schaffen Zugehörigkeit, stärken gesellschaftliche Teilhabe und tragen unmittelbar zur psychosozialen Gesundheit vieler Menschen bei.

Berlin – ich habe es gerade schon mit Regenbogenhauptstadt gesagt – gilt international als queere Metropole. Dieser Ruf gründet sich übrigens nicht allein auf Veranstaltungen und Großereignisse, er beruht auf eine über Jahrzehnte – ich würde über ein Jahrhundert sagen, wenn man den queeren Kiez in Schöneberg nimmt – gewachsene Infrastruktur aus Beratungsstellen, Jugendangeboten, Kulturorten, selbstorganisierten Projekten, Kneipen, Clubs und Communityzentren. Diese Infrastruktur ist keineswegs selbstverständlich. Seit Jahren erleben wir einen zunehmenden Verdrängungsdruck. Steigende Mieten, Immobilienverwertung, befristete Nutzungsverträge und die Konkurrenz um Flächen führen dazu, dass immer mehr queere Orte um ihre Existenzen kämpfen. Als LSVD und queerer Träger kann ich Ihnen sagen: Wir haben vor zwei Jahren selbst die Erfahrung gemacht, von einem Immobilienkonzern verdrängt zu werden. Wir waren jahrelang im Herzen von Schöneberg, nahe des Nollendorfparkplatzes, inzwischen ist der Vatikan unser Vermieter. Wir konnten glücklicherweise in Schöneberg bleiben, aber man muss überhaupt froh sein, dass man als Träger irgendwo noch einen bezahlbaren Raum findet.

Wenn ein queerer Ort schließt, dann verschwindet nicht nur eine Adresse, es gehen Netzwerke, Erfahrungswissen, ehrenamtliches Engagement und soziale Sicherheit verloren. Solche Strukturen lassen sich auch nicht kurzfristig wieder neu schaffen. Deswegen ist aus unserer Sicht, des LSVD Berlin-Brandenburg, total wichtig, dass Berlin ein strategisches und ressortübergreifendes Landeskonzzept zum Erhalt queerer Räume schafft. Ein solches Konzept sollte aus unserer Sicht fünf Elemente enthalten.

Erstens eine systematische Erfassung und Beobachtung der bestehenden queeren Infrastruktur in Berlin. Wir müssen wissen, welche Orte überhaupt existieren, welche gefährdet sind und wo Versorgungslücken bestehen.

Wir sehen zweitens ein Frühwarn- und Unterstützungsverfahren für bedrohte Einrichtungen. Oft wird politisch auch erst reagiert, wenn eine Schließung unmittelbar bevorsteht, dann ist es häufig aber – das haben wir auch im Fall vom SchwuZ gesehen – bereits zu spät.

Drittens sehen wir die stärkere Nutzung landeseigener Immobilien und Instrumente zur dauerhaften Sicherung von Räumen entweder durch Ankauf, durch Erbbaurechtsmodelle oder durch Bereitstellung geeigneter Flächen durch landeseigene Unternehmen.

Wir sehen viertens eine verlässliche Förder- und Investitionsprogrammpolitik. Viele Projekte arbeiten mit erheblicher Unsicherheit und können notwendige Investitionen, Barrierefreiheit, Sanierung oder Sicherheitsmaßnahmen gar nicht leisten. Auch da möchte ich Ihnen als sozialer Träger, des LSVDs, sagen: Ich werbe immer wieder in den Anhörungen darum, bitte tun Sie oder Ihre Erben alles politisch dafür, dass es für uns queere Sozialträger einfacher wird! Die Antragstellung frisst uns so viel Zeit und Ressourcen, und Kolleginnen und Kollegen im Team sind so sehr mit Verwaltungsarbeit beschäftigt. Es würde wirklich helfen, wenn wir längerfristige Modelle hätten, gerade für Einrichtungen wie unsere Schutzwohnungen, wo man ja fragen kann, warum das im Januar nicht weitergehen sollte. Das wäre für viele Träger wirklich hilfreich.

Fünftens und Letztens braucht es eine verbindliche Beteiligung auch der Community. Ich glaube, die Menschen und Organisationen, die diese Orte tragen, verfügen über die notwendige Expertise, und sie müssen von Beginn an mit einbezogen werden. Es gab am Anfang die-

ses Jahres auf dem CSD-Zukunftstag auch eine Gruppe, die sich damit beschäftigt hat, dass queere Räume eigentlich mehr und mehr ins Eigentum der Community gehören. Dafür braucht es aber auch Struktur und Unterstützungsmaßnahmen, denn wir sind als Träger nicht alle in der Lage – wie die Schwulenberatung, die das hervorragend macht –, neue Räume zu schaffen und ins Eigentum zu bringen. Wir wünschen es uns aber, und wir wären daran auch alle gern beteiligt, und ich glaube, es ist auch ein zukunftsfähiges Modell, wenn mehr in der Hand der Community ist.

Die Frage ist deshalb nicht, ob sich Berlin den Erhalt queerer Räume leisten kann; die Frage ist vielmehr, ob es sich Berlin leisten kann, diese Räume zu verlieren. – Vielen Dank!

Vorsitzende Ülker Radziwill: Vielen Dank! – Dann sind wir jetzt in der Aussprache. Frau Wiebke Neumann hat sich gemeldet und hat das Wort. – Hatten Sie sich auch gemeldet? – Okay, dann danach Herr Dr. Lederer. – Bitte!

Wiebke Neumann (SPD): Ich habe nicht gedacht, dass ich gleich so schnell dran bin. – Erst einmal vielen Dank für den Input! – Das ist auch ehrlich gesagt das, was ich mir von der Anhörung erhofft habe, nämlich Input und auch noch mal ein paar sehr konkrete Forderungen aus eurer und Ihrer Sicht, was ein Landeskonzept leisten kann und was vielleicht auch nicht, wo auch die Grenzen sind, denn sowohl das Thema, das ihr hier angesprochen habt, aber auch der Antrag der Linken zeigt ja, dass es ein sehr breites Feld ist. Wir reden über kommerzielle Orte, die aber natürlich nicht nur einen kommerziellen Charakter haben, sondern zur Community gehören und auch was ganz anderes leisten. Wir reden auch über nicht kommerzielle Orte von Trägern, und auch die Herausforderung, warum die Orte gefährdet sind, sind sehr vielfältig. Es ist manchmal die Gewerbemiete oder der Vermieter, der Probleme macht, es ist manchmal auch – das ist schon angesprochen worden – das Ausgehverhalten, veränderte soziale Lagen in der Stadt, die die queere Community an einigen Stellen immer noch ein bisschen härter trifft und dann weniger Geld da ist, um das quasi im Freizeitverhalten auszugeben. Das merken dann auch queere Clubs und Einrichtungen schneller. Aber es ist natürlich auch Queerfeindlichkeit, viele Angriffe auf Orte und Institutionen, die das noch mal verschärfen.

In dieser Vielfalt der Themen bewegen wir uns auch, wenn wir darüber reden, wie wir queere Orte schützen können und was wir da als Konzept brauchen. Deswegen bin ich nicht hundertprozentig sicher. Erst mal vorneweg: Wir glauben auch, dass wir eine Strategie und Konzepte brauchen, um queere Orte zu schützen. Ich bin nicht hundertprozentig sicher, ob wir alles in eins gießen, weil diese Vielfältigkeit der Themen auch da ist. Das mal so ein bisschen auch, was ich bei dem Thema sehe, dass es das auch überfordern kann, wenn man versucht, das alles in ein Konzept, in ein Maßnahmenbündel reinzubringen, weil wir auch sehr viele übergreifende, verschiedene Senatsverwaltungen betreffende Themen haben. Das SchwuZ beschäftigt uns alle immer noch sehr, weil es einfach ein sehr sichtbarer Ort ist, der erst mal, hoffentlich nicht auf lange Sicht, weggefallen ist. In den letzten Jahren ist es aber auch fraktionsübergreifend an der einen oder anderen Stelle mit ganz viel Engagement und auch ganz viel ehrenamtlichem Aktivismus gelungen, auch Orte zu halten, die bedroht waren. Da denken wir zum Beispiel an das Tuntenhaus, wir haben auch gemeinsam mit vielen Aktiven geschafft, dass das ein Ort ist, der weiterhin auch noch da ist, wo es zwischendurch auch so aussah als würde der wegfallen.

Ich habe ganz viele der Forderungen mitgeschrieben. Ich habe noch ein paar Fragen. Zum einen: Ganz kurz klang der Punkt im weitesten Sinne Wirtschafts- und Tourismusfaktor an, der natürlich, vor allem, wenn wir an die Club- und Gastroszene denken, auch eine Rolle spielt. Da interessiert mich, wie darauf euer Blick ist. Gibt es noch Ansatzpunkte für ein Konzept, wie man da noch ein bisschen mehr reingreifen kann, zu verknüpfen, dass wir diesen Schutz und diesen Halt brauchen, mit dem, was queere Orte zum Wirtschafts- und Tourismusfaktor Berlins beitragen. Das ist ja ganz klar so, das wissen wir ja.

Dann wurde das Thema landeseigener Wohnraum und Flächen angesprochen. Mit Blick auf die Clubcommission, habt ihr da konkreten Austausch und Beispiele, wo es mal gut funktioniert hat oder wo es auch mal nicht funktioniert hat? Die Forderung ist nachvollziehbar, aber vielleicht habt ihr da auch konkrete Beispiele aus den letzten Jahren.

Zum Thema niedrigschwelliger Fonds bei Übergriffen oder bei Vorfällen, wo schnelle und kurzfristige Unterstützung gefragt ist: Das ist ja noch mal was anderes als Sicherung von wirtschaftlichen Orten. Das würde ich auch noch mal trennen. Bei dem Beispiel, das auch der Kollege gebracht hat, wenn das Schwule Museum angegriffen wurde, brauchen wir eher so einen Fonds, wenn die Versicherung nicht zieht oder dann zum dritten Mal die Scheibe kaputtgegangen ist et cetera, mit dem dann niedrigschwellig geholfen werden kann. Da hatte die Amadeu Antonio Stiftung mit so einem Fonds und so einem Beispiel schon mal vorgelegt. Ist das das etwas, was sinnvoll und nutzbar ist und das man verstetigen kann? Und wie wäre das besonders hilfreich, also wie sollte so ein kurzfristiger Hilfsfonds aus eurer Sicht ausgestaltet sein? – Das waren erst mal die Fragen.

Vorsitzende Ülker Radziwill: Dann hat Herr Dr. Lederer das Wort. – Bitte!

Dr. Klaus Lederer (LINKE): Explizite Fragen habe ich jetzt keine, was sicher auch daran liegt, dass wir auch permanent miteinander in Kommunikation sind. Aber ein Dankeschön für die Beiträge, für die Aufklärung, für die Erhellung des ganzen Feldes hier! – Ich nutze jetzt die Gelegenheit, um auf zweieinhalb Sachen einzugehen, die jetzt hier in der Diskussion eine Rolle gespielt haben, und für mich soll es dann sein Bewenden haben.

Frau Kollegin Neumann, das stimmt schon, das ist alles ressortübergreifend. Deswegen haben wir in unseren Antrag auch reingeschrieben, das Abgeordnetenhaus wolle beschließen, der Senat und nicht die SenASGIVA wird aufgefordert. Das gilt übrigens für die IGSV genauso: Das ist alles ressortübergreifend. Das gilt übrigens auch für die Landesstrategie queere Sicherheit und gegen Queerfeindlichkeit, die ja mit großem Pomp vorgestellt wurde, da steht auch nicht ASGIVA, sondern Landesstrategie, und das gilt für den ganzen Senat. Das ist in einer komplexen Welt mit komplexen Gemengelagen so, dass man meist ressortübergreifend arbeiten muss. Ich weiß auch, wie schwer das ist. Ich habe ja auch ein paar Erfahrungen im Senat gehabt. Ich weiß, gegen welche Mauern man da läuft. Deswegen könnte es hilfreich sein, wenn das Abgeordnetenhaus bestimmten Dingen einen gewissen Nachdruck verleiht. Wenn ein Parlament so einen Auftrag erteilt, dann wirkt das manchmal mehr. Wir haben hier auch explizit reingeschrieben, dass wir neben der IGSV und der Landesstrategie kein drittes Konzept haben wollen, sondern dass wir wollen, dass das im Grunde in Abstimmung mit den Maßnahmen der IGSV stattfindet, da steht zu den Räumen nämlich bisher nicht viel drin – das ist einfach so –, und dass es bei nächster Gelegenheit bei der Novellierung in die IGSV aufgeht. Ich hätte mir das auch von der Landesstrategie Queere Sicherheit gewünscht. Wenn man

die nämlich nebeneinanderlegt, dann merkt man, es ist ganz viel doppeltes Schreibzeug passiert, aber in der Sache ist man wenig vorangekommen. Ich hätte es gern umgekehrt: Man schreibt die Dinge nur einmal auf und kommt dafür in der Sache voran.

Die Gründe dafür, warum Verdrängung stattfindet – das ist, glaube ich, auch deutlich geworden –, sind vielfältig. Ich teile auch die Einschätzung von Herrn Rohrlack. Da sind auch im Verein, im Club, im Wirtschaftsbetrieb selbst Fehler gemacht worden. Aber das ist halt auch so, wenn du ehrenamtlich, wenn du nicht kommerziell, wenn du nicht ein reines Wirtschaftsunternehmen, sondern auch noch communitybasiert bist, sind die Dinge mitunter komplexer. Wenn du nicht auf Maximalrendite aus bist, dann kannst du auch relativ schnell in Schwierigkeiten geraten, wenn plötzlich so eine gesamtökonomische Unwucht entsteht. Es gibt ja viele Gründe, warum Leute nicht mehr so oft in Clubs gehen, die Geldbeutel leerer sind und die Kosten alle gestiegen sind. Deswegen muss man, weil die Gründe vielfältig sind, auch vielfältig darauf reagieren. Aber sicher sind Gentrifizierung und Verdrängung zentrale Treiber. Da kann ich Beispiele nennen. Ich könnte jetzt nicht nur aus meiner Kultursenatorenzeit Aspekte nennen, wo wir versucht haben, Ersatzräume für gefährdete Kulturräume zu finden, und die städtischen Wohnungsbaugesellschaften haben uns einen dicken Finger gezeigt. Da wackelt ein bisschen der Schwanz mit dem Hund, das sind landeseigene Unternehmen. Die Finanzverwaltung und die Stadtentwicklungsverwaltung haben übrigens auch die Möglichkeit der Gesellschafterweisung zumindest bei GmbHs. Warum wird das nicht genutzt? Das ist mir unbegreiflich.

Nachtcafé Tempelhof: Der Bezirk Tempelhof macht ein Projekt, stellt die Mittel bereit, wer springt kurz vorher ab? – Die Wohnungsbaugesellschaft, die vorher lange gesagt hat: Wir stellen da einen Ort zur Verfügung. – Das ist für mich inakzeptabel. Da geht nicht nur viel Arbeit drauf, insbesondere ehrenamtliche Arbeit, die sich dann im Grunde im Nachhinein in Nichts auflöst, es ist auch in der Sache ziemlich bitter, wenn sich landeseigene Unternehmen zumindest in Teilen nicht anders gebärden als das private Akteure machen.

Beim SchwuZ ist das natürlich toll, dass da jetzt so ein junger, kraftvoller Neustart passiert, finde ich super, trotz Insolvenz, was ja verdammt bitter ist, nur eine Selbstverständlichkeit ist das ja auch nicht. Es hätte ja auch sein können, dass sich danach dann nichts mehr erholt. Das kannst du auch nicht jedes Mal erwarten. Das kannst du auch nicht von jedem Kulturrort erwarten, und insbesondere dann, wenn die Gründe tatsächlich externer Natur sind, ist es mit einem Neustart oft auch schwer.

Ich will auch noch etwas zum Rettungsfonds sagen, weil Frau Neumann dazu gefragt hat. Ich habe damit inzwischen einige Erfahrungen gesammelt. Das Projekt der Amadeu Antonio Stiftung ist super, aber du bekommst 500 Euro, und du musst vorher die entsprechenden Belege zusammensuchen et cetera pp. Wenn dir – und das ist ja vorgekommen – dann zum dritten Mal die Panzerglasscheibe zerschrottet wird – das muss man erst mal hinkriegen, eine Panzerglasscheibe zu zerschrotten – und die Versicherung sagt: Es tut uns leid, aber wir sind jetzt hier auch keine Flatrate für Panzerglasscheiben! –, dann musst du erst mal eine Sicherungsmaßnahme betreiben. Du kannst nicht drei Wochen warten, und du darfst zum Beispiel das Geld nicht ausgeben, bevor du es bewilligt bekommen hast, und es ist auf 500 Euro beschränkt, also zwei Sicherheitsglasscheiben, da bist du mit einem hohen fünfstelligen Betrag dabei, da sind 500 Euro im Vergleich dazu ein Witz. Also es müsste wirklich schnell und unbürokratisch gehen. Es muss eine Strafanzeige und der begründete Verdacht reichen, dass da

eine Straftat begangen worden ist, und dann muss auch klar sein, wenn die Leute, die Sicherungsmaßnahmen ergreifen, dann auch im Nachhinein bezahlt werden. Man nennt das im Verwaltungsjargon vorgezogenen Maßnahmenbeginn, glaube ich. Da muss einfach eine schnelle Reaktion her. Ansonsten kannst du davon ausgehen, dass viele der Beteiligten sagen: Es ist nett, dass es das Angebot gibt, aber es hilft mir nicht!

Wir haben auch versucht, in Kooperation mit Betroffenen diese Ideen aufzuschreiben, damit sie möglichst konkret sind. Egal, ob der Antrag hier heute abgelehnt wird oder nicht, ich gebe mal eine vorsichtige Prognose ab, weil ich die Mehrheiten hier im Ausschuss kenne. Ich finde es total wichtig, wenn möglichst viel von dem tatsächlich bald in staatlich politisches Handeln mündet. Denn Marcel Weber hat recht, die Zeit ist fast abgelaufen, aber ich will das Totenglöckchen nicht läuten. Es gibt zum Glück immer noch ziemlich virale Orte hier in der Stadt und ein ziemlich vitales queeres Leben, und deswegen würde ich immer noch behaupten: Die Zeit drängt! Aber wir können uns wirklich nicht mehr ewig Zeit lassen.

Vorsitzende Ülker Radziwill: Herr Walter, Sie haben das Wort.

Sebastian Walter (GRÜNE): Vielen Dank, Frau Vorsitzende! – Ich habe noch ein paar Rückfragen. Zunächst freut es mich in der Tat zu hören, dass beim SchwuZ ein Neustart ansteht, und ich wünsche auch alles Gute und viel Erfolg, dass dieser Ort weiterhin zu Berlin gehört und in Berlin bleibt! Ich fand diesen Satz: Jede Zeit hat ihr SchwuZ sehr bemerkenswert. Mich würde grundsätzlich interessieren, bei all den Variablen, die im Raum stehen, warum bestimmte Sachen nicht mehr funktioniert haben. Wir haben über Gewerbemieten und so weiter gesprochen, aber an der Stelle war ja auch, so habe ich das verstanden, verändertes Ausgehverhalten auch mit ein Punkt. Was braucht eigentlich die Community? Ich weiß gar nicht, ob man das so genau überhaupt sagen kann, weil es gibt ja auch nicht die eine Community, sondern es gibt unterschiedliche Communitys mit unterschiedlichen Bedürfnissen, und der Regenbogenkiez funktioniert ganz anders als so ein SchwuZ in Neukölln funktioniert hat und so weiter. Lassen sich auch so ein paar Sachen ableiten, wie man möglicherweise auch auf neue Rahmenbedingungen innerhalb der queeren Communities reagieren muss, um so einen Ort zu schaffen, der ein Clubort ist mit all den Angeboten, die es gibt? Ich bin mit meinen Überlegungen auch noch nicht fertig. Ich merke nur, wenn ich zum Beispiel mit jungen Queers rede, dass viele sagen, sie sind gar nicht mehr so an Strukturen angedockt, die für mich total wichtig und total selbstverständlich waren, und dieser Ort mit: Man geht an einen queeren Ort zum Feiern, möglicherweise gar nicht mehr so der entscheidende Punkt war, sondern man geht an einen sicheren Ort, wo man mit vertrauten Menschen auch queer feiert. Das würde mich interessieren: Was braucht queere Community an Clubs, an Ausgehorten, damit das auch weiter funktionieren kann? – einfach neugierig als Frage gestellt. Gern können alle drei antworten, das sollte nicht nur in eine Richtung gehen.

Die zweite Sache, was ich gern gehört hätte: Berlin hat Räume, Berlin kann auch Räume bieten. Was braucht es an Voraussetzungen, damit das auch funktioniert? Wir haben das jetzt gehört, dass das in der Vergangenheit nicht so geklappt hat oder auch noch mal aus Senatserfahrung, wie schwer das eigentlich ist. Welche Voraussetzungen müsste es geben, dass das funktioniert? Was ist da attraktiv? Ich bin voll dafür, dass die landeseigenen Wohnungsunternehmen stärker in die Pflicht genommen werden. Manchmal bin ich mir aber nicht sicher, wie attraktiv das Angebot ist, das die eigentlich vorhalten. Müsste Berlin möglicherweise auch selbst beispielsweise eine Ankaufstrategie fahren, um Kulturorte zu sichern?

Zwei Fragen in Richtung Senatsverwaltung: Ich frage mich, warum nicht auch so Ankermietermodelle funktionieren können? Es ist ja relativ klar, dass gerade kleine Vereine, insbesondere in den Außenbezirken, es nicht schaffen, dauerhaft einen queeren Ort zu erhalten, der wirklich ein Ansprechort für die queere Community ist, sondern das ist dann oftmals in einem Zentrum irgendwo mit untergebracht, es ist ein Raum, es sind zwei Räume, aber auch nicht dauerhaft, sondern irgendwie tagsüber ein paar Stunden und ab und zu mal abends. Eine Vorstellung, die wir haben und auch vorantreiben wollen, ist die Frage: Kann der Senat nicht Ankermieter sein, Orte anmieten, um die dann sozialen Projekten zur Verfügung zu stellen? Das kann ein queerer Ort sein, aber vielleicht ist es der queere Ort plus Jugendclub oder was auch immer, und dass die Verantwortung dann geteilt ist, aber das so ein Ankermietermodell auch verhindert, dass die Mieten explodieren und dann quasi eins zu eins immer weitergegeben wird, sondern mit einer höheren Verhandlungs- und Marktmacht solche Orte geschaffen und auch in der Hand gehalten werden können. Das richtet sich eher an den Senat.

Die zweite Frage: In den Richtlinien der Regierungspolitik ist ja auch verankert worden, queere Infrastruktur in der ganzen Stadt zu sichern oder auszuweiten, auch gerade mit dem Blick auf die Außenbezirke. Mein Eindruck ist, dass das an vielen Stellen noch nicht gelungen ist. Die Frage an den Senat: Was braucht es dafür? Ziel müsste es ja eigentlich sein, dass in jedem Bezirk mindestens ein Ort ist, wo sich queere Menschen treffen und verschiedene Angebote zusammenlaufen können. Wir kämpfen gerade gegen Verdrängung, aber eigentlich müsste ja auch noch das Gegenteil stattfinden, Infrastruktur dort sinnvoll zu ergänzen, wo sie notwendig ist, egal, ob man sich jetzt in Reinickendorf, in Spandau, in Steglitz-Zehlendorf aufhält. In Lichtenberg gibt es inzwischen solche Orte, Marzahn-Hellersdorf, Köpenick sind so ein bisschen dran, aber da sind wir noch weit davon entfernt, irgendwelche Strukturen zu haben, die wirklich für queere Communitys zugänglich sind in all der Vielfalt, egal, ob das Senioren sind, ob das Jugendliche sind, die sich dort treffen können. Was ist da eigentlich der Plan, als Sicherung überhaupt mal so Grundstrukturen zu schaffen? So ein Ankermietermodell könnte für uns auch eine Vorstellung sein, wie man dann auch verschiedene Vereine an so einem Ort zusammenbringt.

Vorsitzende Ülker Radziwill: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Dann können unsere Anzuhörenden auch antworten. – Herr Rohrlack beginnt wieder. – Bitte!

Marcel Rohrlack (Schwuz): Dann bleiben wir in der entsprechenden Rolle. Versuchen Sie, mich böse anzuschauen, falls ich etwas Wichtiges vergesse. – Ich möchte zum Thema Tourismus vor allem noch mal den Punkt unterstreichen, dass mit dem Wegfall des Schwuz der letzte große queere Nachtclub in Berlin nicht mehr da ist. Das hinterlässt für einen durchaus sehr erheblichen und auch finanzstarken Touristenteil eine große Lücke. Deshalb ist das von einer übersteigerten Bedeutung. Was die genauen Förder- oder Kooperationsmöglichkeiten anbelangt, würde ich nach links von mir verweisen.

Ich möchte zu dem Abgeordneten Lederer gern noch etwas bezüglich des Neustarts ergänzen: Ja, es ist eine gute Sache, dass wir in einem jungen motivierten Team, auch mit vielen neuen Mitgliedern auch viele Leute sind, aus Gästen sind Aktive geworden, das ist etwas sehr Schönes.

Ich glaube, es ist sehr wichtig, dass man aufpasst, dass man aus einer Konsumhaltung auch wieder herauskommt. Es ist in letzten Jahrzehnten wahnsinnig viel aufgebaut worden, da stehen wir als jüngere Menschen, wenn ich jetzt mal für mich persönlich spreche, auf den Schultern von Giganten. Wir dürfen uns darauf aber nicht ausruhen. Es reicht nicht zu sagen, was in den Neunziger-, Zweitausender- oder Zweitausendzehnerjahren aufgebaut wurde, nur zu erhalten, sondern wir müssen auch wieder Neues schaffen. Dafür ist ein Neustart einfach schwerer als der Erhalt, das muss man schon auch sagen. Wir starten hier nicht aus der Poleposition, wir wären als SchwuZ vor einem halben Jahr in einer besseren Position gewesen, das ist einfach so.

Auf die Frage des Abgeordneten Walter, was die Community braucht: Das ist, ehrlich gesagt, für uns ein laufender Prozess. Wir sind in einem laufenden Konzeptprozess, den ich natürlich nur in groben Richtlinien vorwegnehmen kann oder möchte, weil das gar nicht alles unbedingt mein Kompetenzfeld ist, sondern wir dort auf ein vielfältiges Kompetenzfeld im Verein und darüber hinaus zurückgreifen. Es gibt aber einen Aspekt, den ich gern schon mal hervorheben würde, den wir für uns als Learning mitnehmen und als Strategie fahren. Das ist, zu sagen, wir wollen besser für die Breite der Community verfügbar sein, aber nicht immer am selben Abend. Die Strategie von One Size Fits Most in Bezug auf zumindest gastronomische Angebote oder Clubangebote ist, so ist zumindest unser Eindruck, zunehmend rückläufig, und es geht um spezialisiertere Angebote, nicht mehr um die eine SchwuZ-Party, wo alle Leute hingehen, sondern um eine zunehmende Spezialisierung, um damit besser in der Lage zu sein, unterschiedlichen Teilen der Community, gerade auch zusätzlich marginalisierten Teilen der Community, gute Angebote machen zu können.

Es gibt noch einen Punkt zum Thema Räume, das war die Frage vom Abgeordneten Walter nach der Ankaufstrategie und nach weiteren Sachen: Natürlich sind die Landeseigenen für uns ein ganz wichtiger Ansprechpartner. Trotzdem würde ich – da bin ich jetzt vielleicht im Bereich persönlicher Meinung – vor einer Sache ein bisschen warnen, und das wäre, die Community ausschließlich staatlich aufzuhängen. Eine Verstaatlichung – in Anführungszeichen – der Community entspricht nicht dem Anspruch an Selbstorganisation der Zivilgesellschaft, und diese Runde hier wird bis zum 20. September so bestehen bleiben, Berlin wählt in regelmäßigen und manchmal auch unregelmäßigen Abständen, Mehrheiten können wechseln. Ein Businessplan für einen neuen Club wird nicht auf vier oder fünf Jahre kalkuliert werden. Das heißt, die Abhängigkeit von Mehrheiten ist immer ein Risiko, und deshalb ist der Staat als Unterstützer wichtig, gerade in der Anfangsphase, aber die Stärke der Community muss auch in sich selbst erhalten bleiben.

Vorsitzende Ülker Radziwill: Dann macht Herr Weber weiter. – Bitte sehr!

Marcel Weber (Clubcommission): Das ist richtig. Vielen Dank! – Wir befinden uns in der Transformation, gesamtgesellschaftlich und gesamtwirtschaftlich, und davon sind natürlich auch queere Orte nicht ausgenommen, weder die Clubs noch die Beratungsangebote. Deshalb ist es so interessant zu beobachten: Wenn wir uns mit der Transformationsfrage beschäftigen, und bei einem Industriebetrieb mit 400 Mitarbeitenden – das ist wirklich ein Verlust von Arbeitsplätzen – laufen sofort Senatorinnen und Senatoren auf und gehen kameramächtig demonstrieren, und auf der anderen Seite ist dann bei dem, weswegen die Menschen hier in Berlin leben und hierher kommen, nämlich wegen der gesamten Kulturszene und insbesondere

der queeren Szene, die weltweit einen Ruf hat und den sie weiterhin verteidigen wird, weil es an allen Stellen so engagierte Leute gibt, viel Ratlosigkeit da.

Zur Frage der ressortübergreifenden Zusammenarbeit: Wir kennen es aus unserer Arbeit, wie schwierig es ist, weil wir regelmäßig mit verschiedenen Ressorts zusammenarbeiten müssen und auch wollen. Dann bleibt uns auch nichts anderes übrig, als in jedem Ausschuss, der dafür relevant ist, zu sitzen. Dann sitzen wir nicht nur hier, dann sitzen wir im Stadtentwicklungsausschuss, dann sitzen wir im Wirtschaftsausschuss und wo immer es noch nötig ist.

Im Übrigen, was die häufige Einjährigkeit von Förderprogrammen angeht: Wenn ich es richtig verstanden habe, gibt es bereits eine Initiative. Der Senat für Finanzen hat Ihr Haus beauftragt, so einen Prozess zu steuern, wenn ich es richtig verstehe, um die Förderrichtlinien zu überarbeiten, da ist also zumindest etwas im Gange. Da sitzt zum Beispiel niemand von der Kultur dabei, wir versuchen die ganze Zeit, da reinzukommen, weil das auch für unseren Bereich relevant ist. Es wäre zumindest auch mal interessant zu schauen, weil das in allen Bereichen auftaucht, das ist nicht nur ein Thema, das hier, in der Kultur oder der Wirtschaft ist, dann müssen aber natürlich auch alle Teile der Stadtgesellschaft an einem Tisch sitzen.

Ein anderes Beispiel, wo es auch schlagkräftig darum geht: Wenn die Galeria Kaufhof und ihre verschiedenen Gesellschaften, die sie tragen, immer wieder von der Pleite bedroht sind, werden Arbeitsplätze gerettet, auch da gibt es eine starke Initiative, aber ich bin mir sicher, die allermeisten Leute entscheiden sich nicht, in Berlin zu leben oder hierherzukommen, weil es hier eine Galeria Kaufhof gibt, auch wenn das wichtig für die Versorgung ist, sondern die kommen, weil es hier ein so tolles kulturelles Angebot gibt und weil es hier so viele Initiativen gibt, die einen guten Job machen.

Die Tuntenhaus-Rettung wurde von Frau Neumann angesprochen. Ich will nur noch mal sagen: Wenn wir nicht die Stiftung Edith Maryon gehabt hätten, die als private Schweizer Stiftung da mit Geld reingegangen ist, hätten sich Berlin als Land und auch der Bezirk Pankow es nicht leisten können. Der Dank gilt also vor allem den privaten Akteurinnen und Akteuren, die immer noch an diese Stadt glauben.

Was die Frage zu Wirtschaft und Tourismus angeht: Ich kann es nicht vorwegnehmen, denn wir werden das am Montag den anderen Abgeordneten, die das im Ausschuss für Wirtschaft, Energie und Betriebe beauftragt haben, vorstellen. Es wird eine Clubkulturstudie 2026 geben, in der wesentliche Fakten erhoben worden sind, wie sich die Clubkultur in Berlin verändert hat. Das betrifft natürlich auch die queeren Veranstaltungen, die in diesen Orten stattfinden, immanent. Wir haben eine landeseigene Tourismusmarketing GmbH visitBerlin. Auch da wäre es interessant, noch mal zu schauen, ob man die nicht als Landeseigene dazu bewegen kann, sich noch mehr mit diesen Fragen der queeren Angebote in dieser Stadt zu beschäftigen. Wir haben auch schon etwas von Sichtbarmachung und so weiter gehört. Die Sichtbarkeit muss auf jeden Fall gewährleistet sein.

Das bringt mich dann an den Punkt, dass dann natürlich wieder auffällt, dass es eigentlich eine gesamtstädtische Strategie bräuchte, die sich darauf committet, dass Berlin vor allem ein Asset hat, und das ist nicht die Industrie, sondern das ist die Kultur, und das ist das Leben hier in dieser Stadt, das so besonders ist und das von den Menschen aus der queeren Community insbesondere mit geprägt wird, und das schon weit über 100 Jahre, würde ich mal behaupten.

Dann wurde nach positiven Beispielen von landeseigenen Flächen gefragt. Ich kann ein Positivbeispiel nennen, weil wir lange daran gearbeitet haben, das ist die Freifläche in Tegel, die Frachtkantine und die zugehörige Außenfläche. Es hat uns aber auch vier Jahre Arbeit mit der BIM gekostet, überhaupt dahinzukommen. An der Nalepastraße sind wir auch dran, weil wir auch von Außenbezirken und Angeboten dort sprechen, im Übrigen auch für die queere Community. In der Nalepastraße sind wir seit zwei Jahren keinen Schritt weitergekommen. Das heißt, was es bräuchte, ist, wenn wir von Landeseigenen sprechen, nicht immer nur den Blick auf die Wohnungsbaugesellschaften, sondern zum Beispiel auch auf die BIM zu richten. Die BIM hat ein immer noch erhebliches Vermögen, und die BIM baut gerade hier nebenan relativ prominent neu. Aber das ist eine politische Entscheidung. Im Übrigen hätte die BIM auch die Lösung für das soziokulturelle L auf dem RAW-Gelände sein können, aber der Finanzsenator hat gesagt: Nein, machen wir nicht, weil die BIM jetzt keine neuen Liegenschaften mehr annimmt. Wir entziehen uns der Verantwortung, denn wir wollen mit der BIM etwas anderes anstellen.

Wenn es keine Räume gibt, dann gibt es eben auch keinen Schutz mehr. Die Leute werden nicht verschwinden. Wir sind da, und wir werden immer da sein. Aber wohin werden die Leute gedrängt? – Die Künstlerinnen und Künstler, die Mitarbeitenden, die Besuchenden und vor allem die Ehrenamtlichen werden weiter in die prekären Arbeitsbedingungen geschickt. Dann ist es wieder die Zuständigkeit dieses Hauses, denn hier geht es auch um Arbeit und Soziales. Wir können es uns nicht erlauben, zu wollen, dass Leute in prekäre, ehrenamtliche, selbstausbeuterische Strukturen zurückkommen, denn da waren wir schon mal, und wir haben es überraschenderweise aus eigener Leistung da heraus geschafft. Deshalb brauchen wir diese Angebotsvielfalt, und vielleicht brauchen wir auch eine Neubaustrategie, denn die Landeseigenen könnten auch Dinge, die dem Bedarf der queeren Community entsprechen, mitdenken, mitplanen und mitbauen. Denn wir werden auch in Zukunft weiter bauen, hoffentlich nicht auf dem Tempelhofer Feld, aber überall woanders in der Stadt. Es gibt noch ganz viel Potenzial dafür. Wir haben auch einen Leerstand an Einzelhandel- und Büroflächen, und das ist auch noch mal interessant, wenn wir über Trägerinnen und Träger sprechen. Wir haben etwas anzubieten. Wir müssen raus aus dieser Denke: Wir sind abhängig von den Immobilienfirmen. – Deren Geschäftsmodell geht sowieso nicht mehr auf, dann lasst uns doch als Stadt Berlin ein Angebot machen. Wir haben etwas zu bieten, wir sind verbindlich, wir sind zuverlässig, wir sind auch noch interessant, im Gegensatz zu vielen anderen Sachen. Das könnte eine Idee sein.

Vorsitzende Ülker Radziwill: Jetzt hat Herr Winkler-Schwarz das Wort, danach die Senatorin. – Bitte!

Florian Winkler-Schwarz (LSVD): Vielen Dank für Ihre Fragen! Wiebke, ich fange bei dir zum Thema Tourismus an: Das ist ein großes Thema, und, ich glaube, aus unserer jahrzehntelangen Erfahrung in der Leitung eines großen Clubs, der heute oft genannt worden ist, kann ich euch sagen, dass dieser Tourismusfaktor enorm ist, dass wir als SchwuZ aber auch oft für das Land Berlin hergehalten haben, für visitBerlin, wenn es darum ging, sich in der Kampagnenwerbung nach außen zu schmücken. Ich glaube, ein wenig von diesem Schmuck wäre schön gewesen, wieder zurückzubekommen. Das war nicht der einzige Fall, das war ständig ein Thema. Ich spreche jetzt hier nur als LSVD, aber wenn Sie gleichzeitig mal unsere sehr lieben und befreundeten Organisationen wie das Lesbisch-schwule Stadtfest und das Folsom als Tourismusmagneten nehmen, muss ich mich immer noch fragen: Das Land Berlin könnte

deutlich mehr dafür tun, als dass die Menschen, die dort engagiert sind, jedes Jahr immer wieder in den gleichen Debatten darum bangen müssen, wie sie das finanzieren, wie sie die immer teureren Sicherheitsauflagen, die es gibt, irgendwie finanziert bekommen. Ich glaube, dem Land Berlin spülen das Lesbisch-schwule Stadtfest und auch eine Veranstaltung wie Folsom richtig fett Kohle in die Taschen, in die Hotellerie, die Gastronomie, aber auch in allen anderen Ausgabeverhalten. Dann darf man der queeren Infrastruktur auch gern aus der City Tax oder anderen Töpfen wieder etwas zurückgeben.

Zur Amadeu Antonio Stiftung, der Fonds wurde thematisiert: Wir als LSVD bedienen uns selbst aus diesem Fonds, um unsere Räume und unsere verschiedenen Einrichtungen, die wir betreiben, leider notwendigerweise sicherheitsrelevant abzusichern. Dafür ist dieser Fonds sehr gut. Man muss aber auch wissen, dass es bei diesem Fonds trotzdem ein Antragsverfahren gibt, das relativ langwierig ist, bis man so weit ist, dass man das Geld bekommt. Was hier thematisiert wurde, ist eine kurzfristige Hilfe, etwas, was schnell funktioniert. Das Hoven wurde als Beispiel genannt. Es ist wirklich noch mal herauszustellen, mit welcher Leidenschaft, Hartnäckigkeit und auch Zuversicht, die ich total bewundere, der Betreiber dort das immer wieder angeht. Da schnell unter die Arme greifen zu können und eine Tür zu ersetzen oder einen Glaser zu beauftragen, wäre wirklich schön.

Dann hat Klaus das Thema der Zuständigkeiten angesprochen. Wir als LSVD fühlen uns sehr wohl bei der LADS, mit vielen von unseren Projekten. Wir sind nicht mit allen dort, aber mit einigen. Wir fühlen uns damit sehr wohl, aber grundsätzlich muss man schon auch mal sagen: Wir queeren Menschen sind in allen Strukturen dieses Landes und auch aktiv, wir sind nicht ein ausschließlicher Betreuungsfall für die SenASGIVA, auch wenn wir gern bei euch sind, sondern wir gehören selbstverständlich ressortübergreifend mehr mitgedacht. Wenn ich noch mal dieses Beispiel bedienen darf – ich meine explizit nicht dich, Klaus, sondern die Nachfolgestruktur nach dir in der Kultur –: Dieses Geschiebe der Zuständigkeit, das wir in der Geschäftsführung im SchwuZ erlebt haben, ob wir nun ein Kulturort oder ein Wirtschaftsort seien, war total destruktiv. Wir wurden immer genau dorthin geschoben, wo man gerade sagte: Dann geht zu denen, und holt euch da Geld! – Und wenn man da war, haben die uns wieder zurück zur Kultur geschoben. Überraschung, das SchwuZ ist wahrscheinlich beides, Wirtschaft und Kultur. Das kann man auch in einer Stadt, in der sich inzwischen 15 Prozent der Menschen als queer verorten, so zusammen denken. Um das noch mal bildlich zu machen: Wir reden von nahezu 600 000 Menschen in der Stadt, das ist schon ein großer Anteil an der Bevölkerung, und deswegen muss das, glaube ich, einfach ressortübergreifend mitgedacht werden.

Wir haben heute beim parlamentarischen Frühstück, als es begonnen hat, mal kurz informell darüber gesprochen, was eigentlich mit dem House of Queers passiert ist. Das ist doch ein wunderbares Beispiel, um das hier noch mal anzufügen. Es ist am Schluss auch nicht gelungen, dass wir das in Berlin bekommen haben. Ich glaube, für viele Träger wäre so ein Haus etwas Wunderbares, wo sie niedrigschwellig mal einen Schreibtisch oder einen Raum nutzen können. Ich kann das gerade sagen, weil wir das als Träger jetzt an unserem neuen Standort sehr intensiv machen. Manchmal fühlt es sich, wenn Sie auf unser Klingelschild gucken, wie eine Briefkastenfirma an. Wir haben jetzt das SchwuZ bei uns im LSVD als Anschrift beheimatet, aber wir haben auch andere Träger, bei Berlin ist bei uns, die dgti ist bei uns, AlleFarben Alltagshilfe ist bei uns, Lambda war bis zuletzt bei uns. Es geht total gut gemeinsam. Vielleicht braucht es manchmal einfach nur solche Räume, die man auch mal kurzfristig und

niedrigschwellig nutzen kann. Dann klappt das auch ganz gut in dem queeren Berlin, in der Regenbogenhauptstadt Berlin. – Vielen Dank!

Vorsitzende Ülker Radziwill: Vielen Dank für Ihre Statements! – Jetzt möchte ich das Wort noch an die Senatorin geben.

Senatorin Cansel Kiziltepe (SenASGIVA): Vielen Dank! – Ich fand den Austausch sehr konstruktiv. Marcel Weber hat in seiner Funktion als Vorsitzender der Clubcommission natürlich hier die Forderungen und Positionen dargestellt. Du weißt, dass ich schon länger im Beirat der Bundesstiftung LiveKultur bin und mich natürlich für die LiveKultur in Berlin, die Clubkultur in Berlin einsetze, insbesondere auch für die queeren Schutzräume in diesem Bereich. Deshalb ist es natürlich wichtig, im Wirtschaftsausschuss, im Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen, im Kulturausschuss und auch in anderen Ausschüssen, diese Arbeit zu leisten. Das finde ich sehr gut.

Ich habe heute auch noch mal ein paar Sachen gehört, die ich mitnehme. Herr Walter hatte noch mal eingebracht, zu prüfen, wie das ist, wenn der Senat oder wenn eine Senatsverwaltung etwas anmietet und Möglichkeiten schafft, Trägern hier bezahlbare gewerbliche Räume zur Verfügung zu stellen. Das hat auch seine Tücken, wo wir aufpassen müssen, auch mit dem Landesrechnungshof. Wir haben gerade so einen Fall, wo das ein Problem ist, obwohl die Gemeinnützigkeit gegeben ist. Aber das gucken wir uns natürlich noch mal an.

Darüber hinaus wollen wir als Senatsverwaltung natürlich dafür sorgen, dass wir die dezentralen Strukturen stärken. Auch hier haben wir in den vergangenen drei Jahren mit dem Bezirksförderprogramm in auftragsweiser Bewirtschaftung den Bezirken Möglichkeiten gegeben, auch queere Räume bezirklich, insbesondere in den Außenbezirken zu stärken. Die Ansprechperson ist regelmäßig im Austausch, was Räumlichkeiten in den Bezirken angeht, welche nutzbar gemacht werden können, um queere Austauschveranstaltungen und Dialoge möglich zu machen. Auch Stadtteilzentren könnte man zum Beispiel ansprechen, was auch in meiner Zuständigkeit ist, um hier noch mal Räumlichkeiten zur Verfügung zu stellen. Da sind wir eigentlich sehr stark auch mit meiner Fachebene unterwegs, zu gucken, wie wir das möglich machen können. Wir werden das auch in Zukunft tun. Vielen Dank für Ihren Input, für Ihre Expertise in diesem Bereich!

Vorsitzende Ülker Radziwill: Dem Dank schließen wir uns kollektiv hier im Ausschuss, denke ich, an. Für Ihre Arbeit noch mal viel Erfolg!

Jetzt würde ich ganz schnell in die Abstimmung zu diesem Antrag kommen. Wenn keiner widerspricht, lasse ich jetzt über den Antrag abstimmen. – Dann verfahren wir so. Wer dem Antrag Drucksache 19/2811 der Fraktion Die Linke zu Punkt 4 b zustimmen möchte, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. Vielen Dank! – Das sind Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke. Wer ist dagegen? – Das sind die CDU- und die SPD-Fraktion und die AfD-Fraktion. Enthaltungen sehe ich nicht. Dann ist dieser Antrag abgelehnt worden. Eine entsprechende Beschlussempfehlung wird dem Plenum zugeleitet. Ich habe vorhin das Berichtsdatum schon ändern lassen. Das ist also die Abstimmung mit dem geänderten Berichtsdatum gewesen, ich will das hier nur noch mal ausdrücklich formulieren.

Dann schlage ich vor, dass wir Punkt 4 a der Tagesordnung abschließen. – Ich höre keinen Widerspruch.

Dann bleibt mir jetzt ein ganz großes Dankeschön an Sie drei als Anzuhörende zu richten, bei diesen Temperaturen zu diesem wichtigen Thema hier bei uns gewesen zu sein. Wir haben es gemeinsam geschafft, das war ein guter Austausch. Vielen Dank für die Inputs und Vorschläge, die hoffentlich nach den Wahlen hier aufgegriffen und umgesetzt werden! Vielen Dank! Uns allen einen spannenden, schönen, friedlichen Pride Month! Viel Erfolg beim CSD! Das Motto ist auch spannend, „Haltung ist hot“. In diesem Sinne: Für eine bunte Regenbogenhauptstadt!

Punkt 5 der Tagesordnung

Verschiedenes

Siehe Beschlussprotokoll.